

UNI-REPORT

25. Januar 1978

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

Jahrgang 11 / Nr. 2

Probleme der Biologen

Was abstrakte Zahlen für den Alltag des Universitätsbetriebes bedeuten, demonstrierte der Fachbereich Biologie der Universität Frankfurt bei einer Pressekonferenz mit anschließender Führung durch die Gebäude an der Siesmayerstraße in der vergangenen Woche. Hätte jemand die Illusion gehabt, es gäbe noch heimliche Reserven zur Ausbildung zusätzlicher Studenten, wäre er hier schnell eines besseren belehrt worden. Das Dilemma einer Universität, die sich seit Jahren um die Öffnung der Universität für möglichst viele Studenten anwärter bemüht, wird im Fachbereich Biologie besonders deutlich. Zwar ist die Ausbildung der Studenten mit dem vorhandenen wissenschaftlichen Personal „gerade noch zu schaffen“, jedoch sind Studenten wie Wissenschaftler durch die räumlichen und materiellen Bedingungen kaum noch erträglichen Belastungen ausgesetzt.

Studenten, insbesondere Diplomanden und Doktoranden, verlieren Zeit, weil sie unzureichende Arbeitsplätze haben. Wissenschaftler müssen Forschungsprojekte zurückstellen, weil Geräte oder Mitarbeiter nicht mehr untergebracht werden können. Ein drastisches Beispiel: Ein Balkon wurde zum nicht beheizbaren Arbeitszimmer des Prädekan umgebaut, damit das ursprüngliche Arbeitszimmer als Labor genutzt werden kann.

Die Zahl der Biologiestudenten hat inzwischen mit über 1100 einen Stand erreicht, wie er 1971 für zwei Frankfurter Universitäten geplant war. Um mit dieser Situation fertig zu werden, hat der Fachbereich alles in seinen Möglichkeiten Liegende unternommen:

— In den letzten drei Jahren wurden die Studiengänge gründlich reformiert und formal durch die Fertigstellung der Studienordnungen für seine vier Studiengänge (drei Lehramter sowie Diplom) abgeschlossen. Um den Abschluß des Studiums innerhalb von vier Jahren zu ermöglichen, wurde das Stoffangebot zugunsten eines problem- und methodenorientierten Studierens reduziert. Der kompakte Lehrplan allerdings verlangt eine gute wissenschaftliche Betreuung und die Arbeit in klei-

nen Gruppen. Das aber bedeutet, daß der Fachbereich nicht mehr genug Mittel für wissenschaftliche Hilfskräfte hat. Nach Angaben des Dekans, Prof. Dr. Gerhard Neuweiler, fehlen in diesem Jahr etwa 60 000 bis 70 000 Mark.

Aus bildungspolitischen Gründen hat der Fachbereich die erstmals im Wintersemester 1975/76 drastische Erhöhung der Studentenzahlen akzeptiert und ist räumlich zu mangelgerückt. Allerdings hat er von Anfang an darauf hingewiesen, daß eine Ausweitung der Betriebsmittel und der Räume in entsprechendem Umfang folgen müsse. Solche Hoffnungen wurden nicht erfüllt.

Die Probleme, die jetzt auf den Fachbereich zukommen, sind mit eigenen Anstrengungen nicht mehr zu lösen. Dazu appelliert der Fachbereich an die politischen Entscheidungsträger, die die Öffnung der Hochschulen förderten, und fordert: 1. Entsprechend der höheren Studentenzahl müssen mehr Praktikums- und Arbeitsplätze für Examenskandidaten eingerichtet werden. Der Bedarf an solchen Plätzen steigt überproportional, da vor zwei Jahren vor allem die Zulassungsquoten für Diplomstudenten erhöht wurden, während der Anteil der Lehramtsstudenten

eher zurückging. Diese Diplomstudenten werden in zwei Jahren einen Arbeitsplatz für eine experimentelle Diplomarbeit beanspruchen. Schon jetzt aber sind alle Arbeitsplätze besetzt. In zwei Jahren werden über 60 Plätze fehlen. Die Investitionen, die zur Ausstattung dieser Plätze notwendig sind, liegen in der Größenordnung von 1,5 Millionen Mark. Eine weitere halbe Million Mark wären für Ersatzbeschaffungen notwendig.

2. Auch die Kosten für den laufenden Verbrauch bei den Praktikakursen und den Examensarbeiten werden steigen. Der jährliche Mehrbedarf wird in zwei Jahren bei 280 000 Mark liegen.

3. Am prekärsten ist die Raumsituation. Schon heute sind alle Labors und Lehrräume hoffnungslos überfüllt. Diplomanden und Doktoranden, die einen vollwertigen Arbeitsplatz brauchen, können nicht mehr untergebracht werden. Die Forschung droht in Mitleidenschaft gezogen zu werden. So hat zum Beispiel der Fachbereich aufgrund qualifizierter Forschungsarbeit die Möglichkeit, einen Sonderforschungsbereich zu begründen. Dazu allerdings müßte sich die Raumsituation schnell ändern. Weiterhin muß der Plan, einen Studiengang Ökologie einzurichten, zurückgestellt werden, weil die räumlichen und sachlichen Voraussetzungen fehlen.

Die Raumnot läßt sich auch anhand von Zahlen nachweisen: Der Fachbereich verfügt einschließlich der Wirtschafts- und Servicräume über eine Nutzfläche von 12 900 Quadratmeter, das entspricht 16 Quadratmeter pro Hauptfachstudent. 1965, also vor 12 Jahren, standen für 250 Hauptfachstudenten 10 000 Quadratmeter, das sind 40 Quadratmeter pro Hauptfachstudent, zur Verfü-



Am Beispiel des Fachbereichs Biologie wurden auf einer Pressekonferenz die Probleme durch die Erhöhung der Studentenzahlen demonstriert: Dekan Prof. Dr. Gerhard Neuweiler, Universitätspräsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Vizepräsident Prof. Dr. Christian Winter (als Zoologe Mitglied des Fachbereichs) und Prof. Dr. Albert-R. Kranz (von links nach rechts). Foto: Heisig

gung. Das bedeutet: In einem Zeitraum, in dem sich die Studentenzahl mehr als verdreifachte, beträgt der Raumzuwachs noch nicht einmal 30 Prozent.

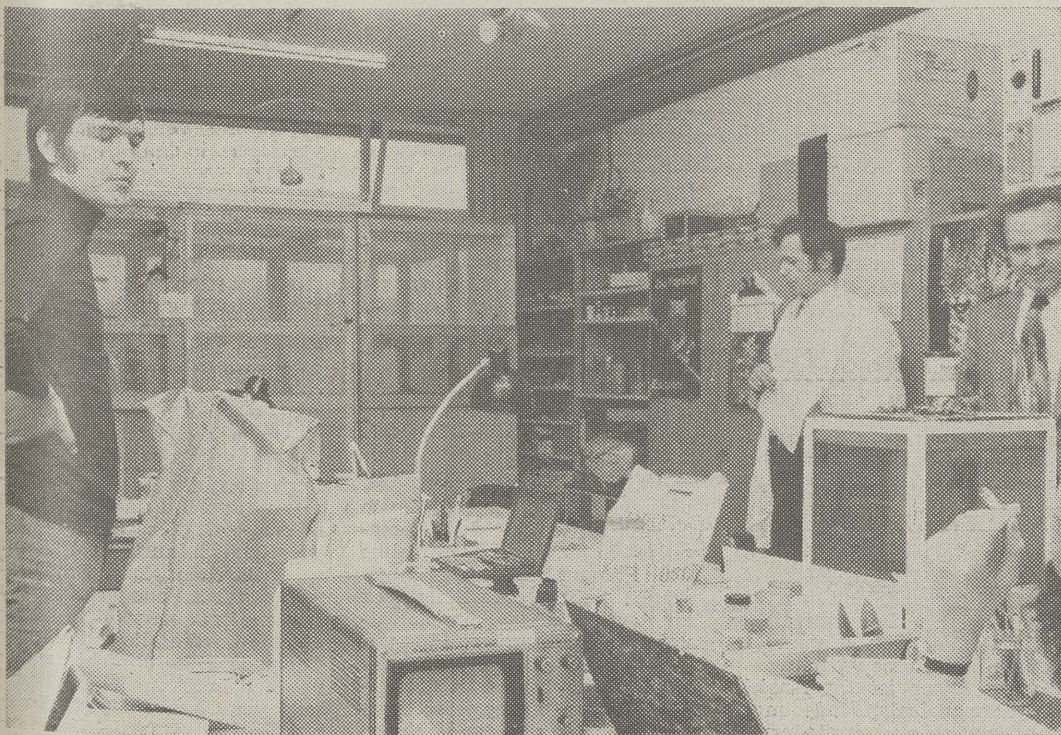
1971 hat die Universität ein Biologium II am Niederurseler Hang geplant. Damals wurde mit 1100 Biologiestudenten (Haupt- und Nebenfach) für 1980 gerechnet. Hierzu wurde ein zusätzlicher Flächenbedarf von 26 000 Quadratmetern angenommen, d. h. man hielt eine Fläche von 48 Quadratmetern pro Hauptfachstudent für angemessen.

Heute studieren an der Universität Frankfurt 1136 Biologiestudenten. Der Raumzuwachs betrug anstatt 26 000 Quadratmeter nur 3000 Quadratmeter. Auf den 48 Quadratmetern, die 1971 für einen Hauptfachstudenten bemessen waren, drängen sich jetzt drei Studenten.

Zulassungszahlen festgelegt

Der hessische Kultusminister hat die Zulassungszahlen an der Universität Frankfurt für das Sommersemester 1978 in der Weise festgelegt, wie sie von der Universität vorgeschlagen worden waren (s. Uni-Report vom 7. 12. 1977). Eine Ausnahme ist die Zahnmedizin. Hier hatte die Universität vorgeschlagen, 30 Erstsemester zuzulassen. Der Kultusminister hat demgegenüber eine Zulassungszahl von 40 Studenten festgelegt.

Der Kultusminister hatte bereits für dieses Wintersemester eine Zulassungszahl von 40 in der Zahnmedizin festgelegt. Ein Antrag der Universität beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel, diese Zahl auf 31 zu reduzieren, wurde abgelehnt.



Die Laborräume sind bis in die letzten Winkel zugebaut. Auch die Fenster müssen zugestellt werden — hier mit einem Bienenkäfig. Foto: Heisig

Festakt für Martin Buber

Aus Anlaß des 100. Geburtstages des jüdischen Religionsphilosophen veranstalten die hessische Landesregierung und die Universität Frankfurt am 8. Februar um 15 Uhr in der Paulskirche einen Festakt. Martin Buber war von 1923 bis 1933 Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der Universität Frankfurt und von 1938 bis 1965 ordentlicher Professor an der Hebräischen Universität Jerusalem.

Nach einleitenden Grußworten von Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann, Ministerpräsident Holger Börner und Universitätspräsident Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp wird der Dekan der Geisteswissenschaftlichen Fakultät der Hebräischen Universität Jerusalem, Prof. Dr. Shmaryahu Talmon, den Festvortrag mit dem Thema „Martin Buber und die Bibel“ halten. Anschließend wird Wirtschaftsminister Heinz-Herbert Karry den Martin-Buber-Preis der Karl-Hermann-Flach-Stiftung an Dr. h. c. Walter Hesselbach verleihen.

Die Lehrenden der Universität Frankfurt erhalten eine schriftliche Einladung. Aus Platzgründen ist ein freier Eintritt für alle Studenten nicht möglich. Sie können aber auf namentliche Anmeldung hin eine Einlaßkarte erhalten. Die Anmeldungen mit Adressenangabe, die auch auf Sammelkarten erfolgen können, sind bis zum 27. Januar an die Präsidialabteilung der Universität Frankfurt, Senckenberganlage 31, z. H. Frau Schmidt, zu richten.

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT**

erscheint am 8. Februar 1978. Redaktionsschluß ist der 3. Februar 1978.

UNI-REPORT steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitglieder für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Personalrat:

Kritik am Präsidenten

Stellungnahme des Personalrats zum Sechsten Rechenschaftsbericht des Präsidenten:

Die Stellungnahme des Präsidenten zur Arbeit des Personalrats ist einseitig und arbeitet mit Unterstellungen, die der Personalrat an dieser Stelle zurückweist.

1. Bei den sonst allseits bekannten und mehr oder weniger präzisen Vorstellungen des Präsidenten über Hochschulpolitik muß es verwundern, wenn der Präsident zum einen bemängelt, daß der Personalrat sich nicht an der hochschulpolitischen Arbeit in den Gremien beteiligt, zum andern er dem Personalrat vorwirft, daß er sich als Gremium begreift, „das meint, in die Hochschulpolitik eingreifen zu müssen“ (S. 208).

Der Personalrat ist ein Organ, welches die Interessen aller Beschäftigten der Universität gegenüber der Dienststelle zu vertreten hat. Diese Interessenvertretung gilt auch für die an hessischen Universitäten Be-

schäftigten der Universität teilnimmt. Diese Teilnahme ist im HPVG nicht vorgesehen.

Aber selbst wenn der Personalrat in der vom Präsidenten gewünschten Weise teilnehmen würde, ergibt eine Teilnahme an der Arbeit in den Gremien keinen Sinn. Denn

– das HPVG kennt keine einzelnen Mitglieder des Personalrats bzw. Äußerungen von einzelnen Mitgliedern des Personalrats. Äußerungen von Mitgliedern des Personalrats in solchen Gremien wären reine private Äußerungen, an denen der Präsident sicherlich kaum interessiert ist;

– ein in den vom Präsidenten aufgeführten Gremien mit-sitzendes Personalratsmitglied müßte, falls – und das ist doch der Wunsch der Präsidenten – eine Stellungnahme des Personalrats zu irgendeiner Sache erwünscht ist, jedesmal erst die Meinung des Personalrats einholen, bevor es für den Personalrat sprechen könnte. Dieses Mitglied könnte höchstens zurückliegende bereits zu bestimmten Problemen und Angelegenheiten gefällte Entscheidungen des Personalrats vortragen. Allerdings sind diese dem Präsidenten bekannt, weshalb er sie dort genauso gut vortragen kann, wenn sie der hochschulpolitischen Arbeit der Gremien nützen;

– die gewünschte Teilnahme, falls sie überhaupt effektiv und damit sinnvoll wäre, führt zu einer Verletzung des HPVG, die dem Personalrat bestimmte Fristen, innerhalb derer er zu entscheiden hat, einräumt, wenn von dem Personalratsmitglied verlangt wird, hier et nunc – dazu noch ohne Vertretungsmacht – zu entscheiden.

Aus diesen Gründen erübrigt sich eine Teilnahme von Personalratsmitgliedern an Sitzungen in zentralen Gremien. Aber selbst wenn der Personalrat einigen seiner Mitglieder dieses unsinnige Verhalten einer Teilnahme zumuten würde, müßten weitere Freistellungen erfolgen, die nicht immer ohne Verzögerung vom Präsidenten genehmigt würden.

Es obliegt außerdem dem

Dienststellenleiter, den Personalrat zu unterrichten, und zwar umfassend, rechtzeitig und eingehend (§ 55 Abs. 4 HPVG). Es geht nicht an, daß der Präsident seine Pflichten auf den Personalrat abwälzt und sich noch darüber beschwert, wenn der Personalrat nicht willens ist, Präsidentenpflichten an seine Mitglieder zu delegieren. Der Personalrat nimmt an, daß der Präsident weiterhin gewillt ist, § 55 Abs. 4 HPVG zu erfüllen. Es wirft allerdings ein fragwürdiges Licht auf die bislang erfolgte Informationspflicht des Präsidenten gegenüber dem Personalrat, wenn der Präsident andeutet, daß der Personalrat, falls er nicht an den Sitzungen in Form seiner einzelnen Mitglieder teilnimmt, Informationen verlustig gehen würde. Will der Präsident damit sagen, daß er allein den Personalrat nach § 55 Abs. 4 HPVG nicht mehr ausreichend, umfassend, rechtzeitig und eingehend informieren kann?

Der Eindruck des Präsidenten, „daß Mitglieder des Personalrats, deren Gruppierungen in den zentralen Gremien nicht vertreten sind bzw. sich nicht durchsetzen konnten, auf dem Weg über die personalrechtliche Vertretung versuchen wollen, Entscheidungen der Selbstverwaltungsgremien in Frage zu stellen“ (S. 208), ist falsch und unterstellt, daß sich der Personalrat dazu herbeigebe, in Abstimmungen Unterlegen ein weites Feld der Rache zu eröffnen. Allerdings fragt sich der Personalrat auch, warum denn Entscheidungen der Selbstverwaltungsgremien so sakrosankt sein sollten, daß sie nicht in Frage gestellt werden könnten?

4. Der Personalrat nimmt erfreut zur Kenntnis, daß selbst der Präsident dem Personalrat bescheinigt, extensiv für die Beschäftigten der Universität tätig gewesen zu sein (S. 207).

Dieses Lob aus höchstem Munde wird den Personalrat sicher darin bestätigen, diesen Weg auch in der Zukunft im Interesse aller Bediensteten der Johann Wolfgang Goethe-Universität zu beschreiten.

Forschungsförderung

Forschungsstipendien in der Studienrichtung „Pädagogik in der Dritten Welt“

Im Zuge des Ausbaus der Studienrichtung Pädagogik in der Dritten Welt am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt können an postgraduierte deutsche Studenten, vorzugsweise mit abgeschlossenem Diplom in Erziehungswissenschaften beziehungsweise abgeschlossener Promotion, Stipendien für projektbegleitende Feldstudien in Ländern der Dritten Welt vermittelt werden, die eine Laufzeit von 1 bis 2 Jahren haben können; Grundkenntnisse der spanischen Sprache (für Lateinamerika) oder der englischen beziehungsweise französischen Sprache für Afrika werden vorausgesetzt. In enger Zusammenarbeit mit den Trägern bereits bestehender pädagogischer Projekte sowie unter wissenschaftlicher Betreuung durch die Hochschullehrer der Studienrichtung sollte nach Beendigung der Laufzeit eine wissenschaftlich qualifizierte Arbeit über das jeweilig erforschte Projekt erstellt werden.

Unabhängig davon kann bei der Studienrichtung ein Stipendium beantragt werden, das an die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und den DAAD weitergeleitet wird. Der Bewerber soll für etwa zwei Jahre an einem pädagogischen Entwicklungshilfeprojekt mitarbeiten, das in Ecuador seit fünf Jahren besteht. Dabei soll die Möglichkeit bestehen, gegebenenfalls eine Dissertation über das Erziehungssystem in Ecuador zu verfassen. Interessenten werden gebeten, sich baldigst mit Dr. E. Deutscher, Telefon 7 98-20 84, Diplom-Prüfungsamt Pädagogik, Turm, Zimmer 1428, in Verbindung zu setzen.

Deutsche Forschungsgemeinschaft Heisenberg-Programm

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft vergibt im Jahre 1978 aus Mitteln des Bundes

und der Länder bis zu 150 Stipendien für hochqualifizierte junge Wissenschaftler im Rahmen des Heisenberg-Programms zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Die Bewerber müssen durch eine herausragende wissenschaftliche Leistung ausgewiesen und habilitiert oder gleichwertig qualifiziert sein. Sie sollen die deutsche Staatsangehörigkeit haben und in der Regel nicht älter als 33 Jahre sein. Die Fünfjahresstipendien sind mit einem Netto-Grundbetrag von 2300,- DM pro Monat dotiert, zu dem diverse Zuschläge hinzukommen.

Ein Informationsblatt über die für eine Bewerbung erforderlichen Unterlagen kann bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Heisenberg-Referat, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, angefordert werden.

Bewerbungen, auch Benennungen durch wissenschaftliche Einrichtungen, sind bis zum 1. März 1978 an das Heisenberg-Referat möglich. Die nächste Ausschreibung soll in etwa sechs Monaten erfolgen.

*

Schwerpunktprogramm Psychologische Ökologie

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft beginnt im Frühjahr 1978 mit einem neuen Schwerpunktprogramm zum Thema „Psychologische Ökologie“. Als Forschungseinrichtung innerhalb der psychologischen Wissenschaften untersucht die Psychologische Ökologie das Erleben und Verhalten von Individuen und Gruppen in ihren jeweiligen sozialen, technischen, kulturellen und geographischen Lebensbedingungen. Ihr Ziel ist die Beschreibung, Erklärung und Optimierung der erlebnis- und verhaltenswirksamen Bedingungen.

Informationen erteilt das Referat Geisteswissenschaften 4 (Dr. Bruno Zimmermann) der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Kennedyallee 40, 5300 Bonn 2, Telefon 0 22 21-87 23 93.

Aufgespießt

Nicht jeder kann die technischen Einzelheiten kennen, wie Herr Düker seine Macht ausübt.

Präsident Krupp in der Sitzung des Ständigen Haushaltsausschusses am 12. Januar 1978 bei der Diskussion über die Stellenplanvereinbarung zu dem neben ihm sitzenden Referenten für Haushaltsangelegenheiten in der Präsidialabteilung.

schäftigten. Dabei ist nicht auszuschließen, daß eine pflichtgemäße Interessenvertretung auch politischen Charakter hat oder annehmen kann (wie z. B. die geplante Verlegung der Kasse nach Kassel eine politische Maßnahme ist). Der Personalrat teilt die Auffassung der neueren Politikwissenschaftler, daß es einen unpolitischen Raum schlechthin nicht gibt.

2. Der Präsident meint feststellen zu müssen, daß diese Entwicklung des Personalrats zu einem hochschulpolitischen Gremium, wie unter Punkt 1 geschildert, sich der „Überrepräsentation der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Personalrat (S. 208)“ verdanke.

Der Personalrat weist entschieden die hier ausgesprochene Unterstellung zurück, daß es die Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter wären, die den hochschulpolitischen Charakter des Personalrats erst herstellen würden. Der Personalrat weist den Präsidenten darauf hin, daß der Personalrat als Organ nur mit einer Stimme spricht und daß jeder Versuch, den Personalrat in seine verschiedenen Gruppen aufzuspalten, diese Gruppen untereinander auszuspielen, gegen das HPVG gerichtet ist.

Daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter in der gegebenen Anzahl im Personalrat vertreten sind, liegt schlicht und einfach an dem relativ schnell einsehbar Sachverhalt, daß die wissenschaftlichen Mitarbeiter die größte Personengruppe an der Universität sind. Auch für die Johann Wolfgang Goethe-Universität gilt das HPVG, das den Schlüssel festlegt, mit dessen Hilfe die Anzahl der Vertreter der Personengruppen festgestellt werden.

3. Der Präsident bemängelt, daß der Personalrat nicht an der akademischen Selbstverwal-

Der Personalrat hat offensichtlich in der dreiseitigen Passage des Rechenschaftsberichtes über die Arbeit des Personalrats die Argumente nicht lesen können, die zu einigen Aussagen des Präsidenten geführt haben. Nur so läßt sich erklären, daß der Personalrat dem Präsidenten „Unterstellungen“ vorwirft. Zu zwei wesentlichen Punkten, bei denen die Argumente nicht zur Kenntnis genommen wurden, soll kurz etwas gesagt werden:

1. Die Überrepräsentation der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Personalrat zu Lasten der Sitze der Angestelltenvertreter liegt nicht, wie der Personalrat meint, „schlicht und einfach“ daran, daß es sich bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern um die größte Personengruppe an der Universität handelt, vielmehr resultiert diese Überrepräsentation aus der nach Meinung des Präsidenten fälschlicherweise erfolgten Zuordnung der wissenschaftlichen Hilfskräfte und Tutoren zu der Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter. Dadurch wird die Zahl der

Sitze der wissenschaftlichen Mitarbeiter im Personalrat erhöht.

2. Mit Interesse nimmt der Präsident zur Kenntnis, daß der Personalrat die Teilnahme von Mitgliedern des Personalrats an Sitzungen der universitären Selbstverwaltungsgremien für „unsinniges Verhalten“ hält. Eine solche Aussage zu stützen, kann dem Personalrat nicht leichtfallen. Entsprechend schwer tut er sich auch bei der Begründung dieser Aussage. Hierbei kommt er denn auch nicht ohne falsche Behauptungen aus. So meint der Personalrat, „das HPVG kennt keine einzelnen Mitglieder des Personalrats bzw. Äußerungen von einzelnen Mitgliedern des Personalrats.“ Das genaue Gegenteil ist in § 31, Abs. 2 des HPVG festgelegt. Dort ist geregelt, daß der Vorsitzende des Personalrat im Rahmen der von diesem gefaßten Beschlüsse vertritt. Ebenso falsch ist die Ansicht des Personalrats, Äußerungen von Personalratsmitgliedern in Gremien-Sitzungen führten dazu, daß dem Personalrat gesetzlich vorgesehene Entschei-

nungsfristen verlorengingen. Dem Personalrat sollte eigentlich bekannt sein, daß die Laufzeit solcher Fristen erst durch eine schriftliche Mitteilung durch den Dienststellenleiter einsetzt.

Der Präsident bedauert insbesondere, daß der Personalrat mit dieser Veröffentlichung ein eingespieltes und vereinbartes Verfahren als unsinnig über Bord wirft. Er betrachtet es darüber hinaus nicht gerade als ein Zeichen vertrauensvoller Zusammenarbeit, zu der der Personalrat nach Gesetz verpflichtet ist, wenn der Personalrat dieses dem Präsidenten durch eine Veröffentlichung mitteilt. In allen Gesprächen, die der Präsident zu diesem Thema bisher mit dem Personalrat hatte, wurde von seiten des Personalrats nicht angedeutet, daß er eine Teilnahme an den Sitzungen der Selbstverwaltungsgremien für unsinnig hält. Statt dessen wird der Präsident jetzt in polemischer Form angegriffen. Immerhin hatte sich das bisherige Verfahren bewährt, auch wenn der jetzige Personalrat von den Informations- und Mitwir-

kungsmöglichkeiten einer derartigen Sitzungsteilnahme nur wenig Gebrauch gemacht hatte. In der Vergangenheit hat die Teilnahme von Personalratsvertretern in den Sitzungen der Organe der Hochschule nicht nur zu einer verbesserten Information des Personalrats, sondern auch zu einer Verbesserung seiner Mitwirkungsmöglichkeiten geführt. Für die Urteilsfindung in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschulen haben sachkundige Äußerungen von Personalratsvertretern oft eine wichtige Rolle gespielt.

Der Präsident hat in der Vergangenheit entsprechend der Rechtslage den Personalrat immer umfassend und rechtzeitig informiert, dies wird selbstverständlich auch in Zukunft so geschehen. Der Präsident hält es für bedauerlich, daß der Personalrat ein darüber hinausgehende wesentliche Informationsmöglichkeit nicht wahrnehmen will und sich damit auch der Chance begibt, direkten Einfluß auf die Entscheidungen der universitären Selbstverwaltungsgremien zu nehmen.

Die Erdkruste ist noch aktiv

Die zahlreichen Erdbeben, die in jüngster Zeit mit oft katastrophalen Folgen verschiedene Gebiete der Erde erschütterten, ließen auch die Frage aktuell werden, inwieweit im engeren Mitteleuropa mit ähnlichen Erscheinungen gerechnet werden muß. Als besonders gefährdet müssen die Gebiete gelten, in denen in jüngerer geologischer Zeit entlang von Verwerfungen Schichten der Erdkruste verstellt worden sind.

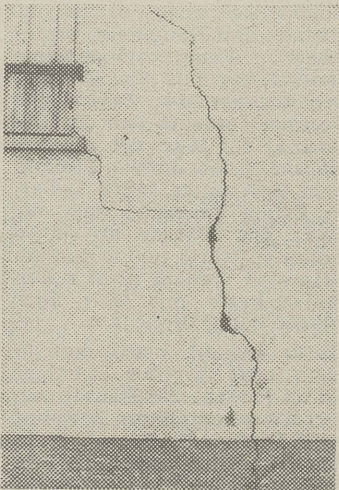
Ein solches Gebiet stellt der Taunus südlich dar, an dem im Norden paläozoische Gesteine mit einem Alter von mehr als 400 Mio. Jahren emporgehoben und im südlichen anschließenden Oberrheingraben Ablagerungen der Erdneuzeit (Tertiär und Quartär) stark abgesenkt wurden.

Als besonders geeignetes Untersuchungsgebiet wurde der südliche Randbereich des „Eppsteiner Horstes“ ausgewählt, eine tektonische Scholle, die vom Taunusstädtchen Eppstein unter allmählichem Abfallen weit nach Süden in die Untermainebene bis nördlich von Rüsselsheim vorspringt. Diese Scholle ist in ihrem nördlichen Teil seit gut 2 Mio. Jahren (Grenze Tertiär/Quartär) mit ihrer Umgebung, in ihrem südlichen Teil über ihre Umgebung gehoben worden. Dabei blieb aber die Hebung im Süden geringer als im Norden.

Diese Differenzierung erfolgte durch mehrere Verwerfungen, die den Eppsteiner Horst quer und in Nordost-Südwest-Richtung verlaufen. Außerdem ist das im Osten angrenzende Gebiet – im unmittelbaren Senkungsbereich des Oberrheingrabens – stärker abgesunken als das westlich des Eppsteiner Horstes anschlie-

bende. Für die letzten 400 000 Jahre konnte im Osten ein Verstellungsbetrag von 40 Metern, im Westen dagegen nur von 20 Metern ermittelt werden.

In der Regel vollzogen sich diese Vorgänge kontinuierlich, denn ältere Ablagerungen sind stärker verstellt als jüngere. So lassen beispielsweise 400 000 Jahre alte Main-Kiese die volle Verstellung erkennen, während fossile Böden (etwa 100 000 Jahre alt) nur etwa ein Viertel dieses Betrages aufweisen. Noch geringere Bewegungen zeigen vulkanische Ablagerun-



Durch Bodenbewegung gerisene Hauswand in Delkenheim

gen und Böden mit einem Alter von 17 000 bzw. 6000 Jahren. Die Ergebnisse von Feinnivellement, zahlreiche Gebäudeschäden im Bereich der Verwerfungen und Spannungen in Pipelines deuten die Fortdauer der Bewegungen an.

Solche Schäden und Spannungen müssen indessen nicht unmittelbar mit den tektonischen, aus der tieferen Erdkruste kommenden Bewegungen in Verbindung stehen. Infolge der Heraushebung wurde der Eppsteiner Horst randlich von Bächen unterschritten, so daß steile Hänge entstanden, auf denen es – vor allem bei tonig-mergeligen Gesteinen – zu umfangreichen Rutschungen kommen kann. Diese Bewegungen verlaufen ruckartiger und intensiver als die direkt tektonischen.

Solche Hänge sollten deshalb nicht bebaut werden, zumal durch die Bebauung die Instabilität der Hänge noch weiter zunimmt. Aber auch die Areale, die nur von den eigentlichen tektonischen Verstellungen betroffen wurden und werden, müssen mit größerer

Zurückhaltung als Baugelände ausgewiesen werden, um spätere Schäden zu vermeiden. Besondere Vorsicht ist darüber hinaus bei der Anlage von Mülldeponien geboten, denn auf den offenen Klüften der Verwerfungen können verunreinigte Wasser leicht in das Grundwasser gelangen.

Das gilt vor allem dann, wenn entlang dieser Klüfte Kalke und Mergel, also wasserlösliche Gesteine, anstehen, die die Entwicklung von Karsthohlräumen ermöglichen.

Insgesamt gesehen zeigt sich, daß die Erdkrustenbewegungen am Südrand des Taunus im allgemeinen keine beängstigenden Ausmaße aufweisen. Dennoch wäre es falsch grundsätzlich die Möglichkeit von stärkeren, ruckartigen Verstellungen auszuschließen. Solche könnten beispielsweise dort auftreten, wo seit längerem an Verwerfungen keine Bewegungen stattgefunden haben. Es ist aber wenig wahrscheinlich, daß diese, meist seit mehr als 100 000 Jahren ruhenden Schollen, in nächster Zukunft reaktiviert werden. Trotz dieser positiven Prognose müssen aber gegenwärtig bei Nutzungsmaßnahmen auch die geringfügigen Bewegungen beachtet werden, denn durch Störungen des Landschaftshaushaltes können sehr leicht stärkere Rutschungen ausgelöst werden.

Arno Semmel, Professor am Fachbereich Geowissenschaften
Mit freundlicher Genehmigung des Verlages aus der „Umschau in Wissenschaft und Technik“ (Heft 2/78) entnommen.

Fernsehaufnahmen

In der Sendereihe „Hochschulreport“ bringt der Hessische Rundfunk in seinem dritten Fernsehprogramm am 31. Januar um 22.05 Uhr einen Beitrag über die Fernuniversität Hagen. Für diese Sendung wurden auch Aufnahmen im Studienzentrum Frankfurt gemacht. Das Studienzentrum der Fernuniversität ist im Didaktischen Zentrum der Universität Frankfurt untergebracht.

Das ZDF hat für seine Sendung „Querschnitt“ Aufnahmen im Fachbereich Biologie gemacht. Die Aufnahmen zeigen Bienen in einem Flugkäfig und wurden in Zusammenarbeit mit Dozent Dr. Martin Oehmke gefilmt.

Die Sendung lautet „Diktatur der Gene“ und wird am 1. Februar um 19.30 Uhr ausgestrahlt.

Neuer AStA gewählt

Das im Dezember bei einer Wiederholungswahl entstandene Studentenparlament hat auf seiner ersten Sitzung im neuen Jahr am 13. Januar einen neuen AStA-Vorstand gewählt. Zum ersten Vorsitzenden wurde Thomas Jahn mit 13 der 22 Parlamentarierstimmen gewählt. Der Germanistik-Student gehört der SHI an und kandidiert auf der Liste „Undogmatische Linke“, die 11 Sitze im Studentenparlament hat. Stellvertretende Vorsitzende wurden die Pädagogik-Studentin Ulrike Bauer (Sozialistisches Büro und damit ebenfalls Undogmatische Linke) sowie der Philosophie-Student Norbert Weidl (SHI). Zur Vorsitzenden des Studentenparlamentes wurde wiederum Brigitte Heinrich (SHI), Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, gewählt.

Bei der ursprünglichen Wahl im vergangenen Sommersemester war ein Stimmenverhältnis im Studentenparlament zustande gekommen, das eine mehrheitliche AStA-Wahl nicht zuließ. „Zünglein an der Waage“ waren seinerzeit die in sich gespaltenen Jusos, die sich nicht auf eine Koalition einigen konnten. Bei den Wiederwahlen im Dezember kandidierten die SHI, die zuvor 7 Sitze erhalten hatte, einige Jusos und einige Mitglieder des Sozialistischen Büros gemeinsam auf der Liste „Undogmatische Linke“. Sie erhielten in der Dezember-Wahl 11 Sitze. Die weiteren Sitze entfielen auf den RCDS (2), die Unabhängigen Fachbereichsgruppen (3), die Jusos (2), den Liberalen Hochschulverband (2) und die gewerkschaftlich orientierte Liste (2).

Rückmeldung zum SS 78

Die Rückmeldeunterlagen sind an alle Studierenden der Universität Frankfurt verschickt worden. Jeder Student, der sein Studium hier fortsetzen möchte, muß sich innerhalb der gesetzten Frist – bis zum 6. März 1978 – rückmelden; die Rückmeldung kann am Schalter des Sekretariats erfolgen oder über den Postweg.

Die Mitarbeiter im Sekretariat bitten, sich möglichst frühzeitig rückzumelden, am besten noch vor den Semesterferien. Weiter wird um Beachtung der Hinweise im übersandten Info-Blatt gebeten.

Das Sekretariat ist geöffnet: montags bis freitags von 8.30 bis 11.30 Uhr.

Prof. Simonsohn †

Am 8. 1. 1978 starb unerwartet Prof. Dr. Berthold Simonsohn. Trotz seiner Emeritierung im Sommersemester 1977 nahm er bis zuletzt die Aufgaben seiner Professur für Sozialpädagogik und Jugendrecht im Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt wahr. Sein Tod bedeutet für die große Anzahl seiner Freunde, Kollegen, Studierenden und ehemaligen Schüler einen herben Verlust. Er war ein Hochschullehrer, der durch seine Persönlichkeit und seine wissenschaftliche Lehre Generationen von Lehrern und Pädagogen stark geprägt hat. In ihm vereinigten sich politisches und humanitäres Engagement und eine beispielhafte Bewältigung des Lebensschicksals als Jude in Deutschland während des Dritten Reiches und im Wiederaufbau des sozialen und kulturellen Lebens nach dem Krieg.

Anlässlich seiner Emeritierung wurden im Uni-Report vom 26. 10. 1977 seine überragenden Verdienste für die wissenschaftliche Weiterentwicklung der Sozialpädagogik und der Sonderpädagogik, sowie seine Bedeutung für die praktische Sozialpädagogik und die Jugendhilfe gewürdigt. An dieser Stelle soll diese Würdigung nicht wiederholt werden. Es erscheint uns angebracht, mit wenigen Worten auf den wissenschaftlichen Ansatz Berthold Simonsohns hinzuweisen.

Das Thema Aggression und Gewalt war für ihn mehr als ein bloß wissenschaftlich zu bearbeitendes Gebiet. Und diese schicksalhafte Verknüpfung von wissenschaftlicher Arbeit und Biographischem veranlaßte ihn, nach Wegen zu suchen, theoretische Erkenntnisse politisch und sozial wirksam werden zu lassen. Er gab sich keiner Illusion hin, daß Gewalt und Aggression in unserer Gesellschaft nicht erst seit dem Faschismus, sondern schon im Kaiserreich angelegt sind. Er sah in der Erziehung diejenige Kraft, die sowohl die traditionellen Werte wie Gehorsam und Autoritätsgläubigkeit durch repressive Gewalt tradierte, aber auch die Mög-

lichkeit zur Veränderung des Menschen beinhaltet. Die Grundgedanken der neueren Sozialisationstheorie und Theorie der Erziehungsprozesse, die sich bemühen, die enge Verflechtung zwischen Persönlichkeitsstrukturen und der Gesellschaftsstruktur aufzuheben, vertrat er bereits zu einem Zeitpunkt, als dies keineswegs selbstverständlich war. In diesem Sinne hat er die Wissenschaftsgeschichte gerade an der Universität Frankfurt stark beeinflusst, indem er die gesellschaftskritische psychoanalytische Reflektion in die Sozialpädagogik und die Sonderpädagogik eingebracht hat.

Es soll nicht verschwiegen werden, daß das entschiedene Eintreten für Humanität, das Berthold Simonsohn in allen Stationen seines Lebensweges auszeichnete, von der Vorstel-



Prof. Simonsohn Foto: Bopp

lung geleitet war, daß sich Menschlichkeit nur in einer sozialistischen Gesellschaft entfalten kann. Beeindruckend war sein zähes Beharren, alle Chancen zu nützen, um die gesellschaftliche Entwicklung voranzutreiben und vor rückschrittlichen Tendenzen zu warnen. Beeindruckend war, mit welcher Intensität und mit welcher Überzeugungskraft er in der wissenschaftlichen Lehre, in der Erziehungspraxis und in Reformversuchen des Jugendrechts den Ansatz vertrat, daß Verbrecher, selbst seine Folterer durch gesellschaftliche Mißstände zu dem geworden sind, was sie sind, und daß es eine gesellschaftliche Aufgabe ist, Möglichkeiten zur Resozialisierung im sozialpädagogischen Bereich und prophylaktischen Hilfen im allgemein pädagogischen und sozialen Bereich bereitzustellen. Mit ihm hat die Universität Frankfurt wieder eine der jüdischen Gelehrten verloren, die die Sozialwissenschaften in einem aufgeklärten und humanistischen Sinne nachhaltig beeinflusst haben.

Wilma Grossmann
Helmut Reiser

Personalien

Geschichtswissenschaften

Frau Prof. Dr. Maria R. Alföldi unternimmt auf Einladung der Goethe-Institute in Italien in der zweiten Februar-Hälfte eine Vorlesungsreise. Alltag am Limes im römischen Germanien, Währungspolitik der römischen Kaiser, Das Ende der römischen Zeit in den germanischen Provinzen sind die drei Themen, über die in Palermo, Neapel, Foggia, Bologna und Genua berichtet wird.

*

Prof. Dr. Eike Haberland wurde in den wissenschaftlichen Beirat des Goethe-Instituts gewählt.

Physik

Prof. Dr. Werner Martiensen hat von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe zur Förderung des Forschungsvorhabens „Versuch der Realisierung eines Lichtfeldes mit antikorrelierten Photonen“ erhalten.

Geowissenschaften

Prof. Dr. Erland Martini nimmt auf Einladung des Deep Sea Drilling Projects (La Jolla, California) an Tiefseebohrungen des Forschungsschiffes „Glomar Challenger“ im Februar/März 1978 (Leg 59) im westlichen Pazifischen Ozean teil.

Humanmedizin

Dr. Jürgen Fränz (Institut für Humangenetik) hat von der Deutschen Forschungsgemeinschaft eine Sachbeihilfe für zwei Jahre erhalten. Das Forschungsvorhaben heißt: „Induzierte somatische Mutationen. Ihre Bedeutung für den embryonalen Tod und die Mißbildungsentstehung.“

Erfahrungen in Trenton

Seit 15 Jahren besteht inzwischen ein Austausch-Programm zwischen dem Trenton State College New Jersey und der Universität Frankfurt. Jährlich reisen ein Frankfurter Professor und zwei Studenten in die USA, ein Professor und zwei Studenten kommen von Trenton nach Frankfurt. Dr. Volker Albrecht, Professor für Didaktik der Geographie an der Universität Frankfurt, lehrte im Studienjahr 1976/77 am Trenton State College. In dem folgenden Bericht schildert er seine Erfahrungen und Eindrücke.

Suburbanisierung und Ghettoisierung — Aspekte des Lebens in den USA

Ein Jahr Trenton State College, ein Jahr leben und unterrichten an einem der über 1000 amerikanischen Senior Colleges, da bleiben die Fragen nach den Erfahrungen und Eindrücken nicht aus. Gibt es einen typisch amerikanischen Lebensstil, den „american way of life“? Gibt es Unterschiede und Gemeinsamkeiten von Verhalten und Handeln zu beiden Seiten des Atlantiks? Welches sind die dominanten und bleibenden Eindrücke? Die Beantwortung dieser und anderer Fragen wird wohl immer subjektiv bleiben, und die Gefahr ist nicht von der Hand zu weisen, daß Klischees bestätigt oder durch neue ersetzt werden.

Die geographische Lage und die Ausstattung des Aufenthaltsortes sowie seiner näheren und weiteren Umgebung beeinflussen nicht unwesentlich das „Amerikabild“, das nach Europa zurückgenommen wird.

Das Amerikabild jedes Trenton State College Besuchers wird auf die eine oder andere Weise geprägt von Phänomenen der Suburbanisierung und Ghettoisierung. Diese bestimmen direkt oder indirekt die meisten Lebensbereiche innerhalb der Agglomeration New York — Philadelphia.

Leben am Trenton State College — Leben im Bereich einer Megalopolis

Ein Jahr leben am Trenton State College bedeutet ein Leben in Ewing Township, einer Mittelklassevorstadtgemeinde von Trenton. Die nur 104 000 Einwohner zählende Hauptstadt New Jerseys, dem Staate mit der höchsten Bevölkerungsdichte in den USA, liegt 60 Meilen von New York und 30 Meilen von Philadelphia entfernt und damit innerhalb des großen Verstärkungs- und Suburbanisierungsgebietes zwischen Boston und Washington (BoWash). Diese atlantische Küstenzone mit sechs städtischen Agglomerationen (Boston, New York, Newark, Philadelphia, Baltimore, Washington) von jeweils über 2 Mill. Einwohnern wurde von dem französischen Geographen J. Gottmann 1961 mit dem Begriff „Megalopolis“ charakterisiert. In der Region BoWash wohnten 1970 auf 2 Prozent des festländischen Teils der USA (Alaska nicht mitgerechnet) ca. 25 Prozent der Bevölkerung. 25 bis 30 Prozent des Industriewertes und des Einzelhandelsumsatzes wurden hier erwirtschaftet.

In dieser Megalopolis konzentriert sich ein fast konkurrenzloses Angebot an Museen, Theatern und Universitäten. Was hier gedacht, entwickelt und als modisch angesehen wird gilt als Vorbild für andere Teile der USA, ja häufig auch für andere Teile der Welt. Hier begeg-

nen einem aber auch auf Schritt und Tritt die Probleme, die für die Vereinigten Staaten unlösbar zu sein scheinen: Rassenintegration und Rassensegregation. Von über 22 Millionen Neger in den USA wohnen schon über 5 Millionen in der Region BoWash, allein in New York City und Philadelphia über 2 Millionen. Auch auf dem Campus vom Trenton State College, das einen bestimmten Prozentsatz von Schwarzen und Puertoricanern aufnehmen muß, gehören Probleme der Rassenintegration und -segregation zum täglichen Erfahrungsbereich. Das soziale Verhalten der Studenten mit ihren anderen Rassen teilweise ausschließenden Verbindungen (Sororities und Fraternities) deutet die sozialen Spannungen und Rassenprobleme nur an, die in der Ghettoisierung eines großen Teils der schwarzen und puertoricanischen Bevölkerung in den Innenstädten ungeschminkt sichtbar wird.

Das „amerikanische Dilemma“ — Suburbanisierung und Ghettoisierung

Eine Fahrt aus den Slums von Downtown Trenton entlang der Route 202 nach Princeton oder eine Fahrt entlang der Madison Avenue in Manhattan von der 40. bis zur 125. Straße, dem Zentrum Black Harlems, verdeutlicht augenfällig das heutige „amerikanische Dilemma“ — die Zementierung der räumlichen Segregation der amerikanischen Gesellschaft in wohlhabendere und überwiegend von Weißen bewohnte Gemeinden und verfallene, überwiegend von Schwarzen und Puertoricanern bewohnte Slums. Gunnar Myrdal hat im Jahre 1944 in einer wegweisenden Untersuchung das in den Südstaaten bestehende Negerproblem als das „Dilemma der Vereinigten Staaten“ bezeichnet. Heute wohnen nur noch knapp die Hälfte der schwarzen Bevölkerung in den Südstaaten. Ein großer Teil ist in die großen Städte des Nordens und Kaliforniens abgewandert, in der Hoffnung, Arbeit, soziale Gerechtigkeit und Anerkennung zu finden. Der durch die Sklavenhaltung mitbedingte Nord-Süd-Gegensatz scheint im wesentlichen abgebaut zu sein, eine Tatsache, die letztlich auch durch die Wahl des Südstaatlers Carter zum Präsidenten zum Ausdruck gekommen ist. Durch die enormen regionalen Mobilitätsvorgänge scheint sich aber trotz der Gesetzgebungen der Johnson-Administration das amerikanische Dilemma auf die großen Städte des Nordens, Kaliforniens und neuerdings auch auf die Städte des Südens verlagert zu haben.

Von 1950 bis 1970 stieg die Zahl der in verstärkten Gebieten (urbanized areas) lebenden Neger von 44,4 Prozent auf 81,3 Prozent. Die Zahl der in den innerstädtischen Räumen (Inside Central City) stieg im gleichen Zeitraum von 39 Prozent auf 58 Prozent. Somit lebt heute jeder 2. Neger im Kerngebiet von Städten. Die Konzentration von Minderheiten in den Kerngebieten der Städte hat zu einer Ghettoisierung geführt, die in den meisten Fällen von einer Slumbildung begleitet war.

In den großen Städten bildeten sich Gettos in der Größenordnung von Frankfurt heraus: Harlem in New York City mit über 1 Million, Watts in Chicago mit über 500 000, und Watts in Los Angeles mit über 500 000.

Parallel zur Ghettoisierung verlief ein Exodus der weißen Mittelklasse nach suburbia. Eine finanzielle Aushöhlung der Innenstadt war die Folge. Die finanzielle Lage in den Innenstädten verschlechterte sich zusätzlich durch die Abwanderung der Kaufhäuser und größeren Geschäfte in die neu entstehenden Shopping Centers und Shopping Malls suburbanisierter Räume.

Die territoriale Fixierung und Trennung der amerikanischen Gesellschaft in finanzkräftige und von Weißen bewohnte Vorstadtgebiete und finanzarme und von Minderheiten bewohnte Stadtzentren wirkt sich besonders negativ im Bereich des Bildungssektors aus.

„Das amerikanische Dilemma“ — und die Frage nach der Chancengleichheit in der Schule

Als Myrdal im Jahre 1944 sein Buch schrieb, wurde das rechtliche Verhältnis zwischen den Rassen noch durch die „equal, but separate“-Doktrin des Obersten Bundesgerichtes aus dem Jahre 1896 bestimmt. Diese Doktrin besagte, daß rassistisch getrennte Einrichtungen verfassungskonform sind, wenn sie gleichwertig sind. Erst im Falle Sweat (1950) wurde vom Obersten Bundesgericht festgesetzt, daß getrennte Ausbildungsstätten auch faktisch gleichwertig sein müssen. Die Frage nach der Gleichwertigkeit von Schulen ist ein Problem, das bis heute die Diskussion um Chancengleichheiten innerhalb des amerikanischen Erziehungswesens bestimmt. Erst im Jahre 1954 wurde im Falle „Brown gegen Board of Education of Topeka“ die equal, but separate“-Doktrin voll widerrufen und die Rassentrennung in öffentlichen Schulen für verfassungswidrig erklärt. Die Gesetzgebung im Rahmen der „Civil Rights Act“ und der „Elementary and Secondary Education Act“ in den Jahren 1964/65 verbot diskriminierende Maßnahmen in allen gesellschaftlichen Bereichen und stellte finanzielle Mittel aus dem Bundesetat zur Durchsetzung der Gesetze zur Verfügung. Seitdem versuchen vom Bundesstaat geförderte Vorhaben, die von Lyndon B. Johnson durchgeführte Gesetzgebung der Rassenintegration im Erziehungswesen zu fördern. Als ein geeignetes Mittel wurde und wird das School Busing angesehen: der staatlich finanzierte Transport von Schülern aus rassistisch homogenen Wohngebieten in ökonomisch und rassistisch anders zusammengesetzte Schuldistrikte.

Was ist nun, 25 Jahre nach der Entscheidung des Obersten Bundesgerichtes und 12 Jahre nach der Gesetzgebung Lyndon B. Johnsons, erreicht? Unbestreitbar ist wohl, daß sich die Lage der Minderheiten, besonders der Schwarzen, erheblich verbessert hat. Das trifft überwiegend für die schwarze Mittelschicht zu. Für die schwarze Unterschicht jedoch — und die stellt die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung in den USA dar — ist durch die Ghettoisierung eine de facto segregation gegeben. Einige Zahlen aus den Schuldistrikten in Trenton sollen die Situation verdeutlichen: in 6 von 18 Grundschulen liegt der Prozentsatz der schwarzen Schüler über 90; der Rest der Schüler wird in diesen Schulen überwiegend von Puertoricanern gestellt. Drei Schulen haben über 80 Prozent weiße Schüler, darunter in einer Schule 99,5

Prozent. Von den sechs Junior High Schools haben drei Schulen über 95 Prozent schwarze und puertoricanische Kinder.

Die Finanzierung des öffentlichen Erziehungswesens — Hindernis auf dem Weg zur Chancengleichheit

Die Qualität des öffentlichen Schulwesens, mithin auch die Qualität der von Minderheiten besuchten innerstädtischen Schulen hängt zu einem großen Teil von der finanziellen Ausstattung der Gemeinde oder des Stadtteils sowie ihrer Bewohner ab, die überwiegend über die Grundsteuer „ihre“ Schulen finanzieren. Suburbanisierung und Ghettoisierung mit ihren teilweise krassen sozioökonomischen Unterschieden wirken sich über das auf der Grund- und Haussteuer basierende Finanzierungssystem unmittelbar auf die Qualität der Schulen aus. Zahlen aus Trenton verdeutlichen das Dilemma: der Wert der meisten Häuser in Downtown Trenton liegt weit unter 10 000 Dollar. In Ewing Township liegt der Wert der Häuser ab 30 000 Dollar aufwärts, und in und um Princeton werden nicht selten Spitzenwerte mit weit über 100 000 Dollar erreicht.

Hinzu kommt noch, daß in Downtown Trenton weniger als 20 Prozent der Häuser von den Hauseigentümern bewohnt wird. Die Landlords wohnen in den Vorstädten und sind in den meisten Fällen nicht daran interessiert, durch Renovierungsarbeiten den Wert ihres Hauses — und damit die Steuerleistung — zu erhöhen. Eine Reform der Finanzierung des öffentlichen Erziehungswesens scheint unvermeidbar, will die USA die Probleme, die mit den in den inneren Teilen der Städte wohnenden Minderheiten verbunden sind, einer Lösung näherbringen. Immerhin sind über die Hälfte der schwarzen Bevölkerung jünger als 24 Jahre und stellen 13 Prozent der Gesamtbevölkerung dar. In der „Serrano gegen Priest“-Entscheidung wurde im Jahre 1971 zum ersten Mal von einem Gericht, nämlich dem Obersten Gericht in Kalifornien, anerkannt, daß die mit der sozioökonomischen Segra-

tion verbundenen Ungleichheiten nicht mit den Gesetzen konform gehen. Das Oberste Bundesgericht in Washington entschied jedoch im Jahre 1973 im Falle „Rodriguez gegen San Antonio Independent School District“ in einer 5:4-Entscheidung, daß Erziehung ein nicht verfassungsmäßig garantiertes Recht sei. Die unterschiedliche Rechtsprechung zwischen Kalifornien und Washington und die knappe Entscheidung im Falle Rodriguez deuten die Brisanz einer Reform der Finanzierung des öffentlichen Schulwesens an. Die Erziehung wird jedoch nicht nur von einem öffentlichen Schulwesen bestimmt. Privatschulen, die häufig konfessionell gebunden sind, spielen in den USA eine nicht zu unterschätzende Rolle. 1970 besuchten 12,1 Prozent aller Schüler Privatschulen vom Kindergarten bis zur Senior High School. Der Anteil in den Städten war mit 17,2 Prozent um einiges höher und erreichte in New York und Philadelphia schon im Jahre 1960 über 25 Prozent der Gesamtschülerpopulation. Der größte Teil der Schüler in den Privatschulen kommt aus der weißen Mittel- und Oberschicht. Diese Gruppe kann es sich leisten, neben der Grund- und Haussteuer auch noch das relativ hohe Schulgeld zu bezahlen.

Ghettoisierung und Suburbanisierung, gepaart mit einer sozioökonomischen Segregation, ein von Demokratieverständnis der Amerikaner nicht in Frage zu stellendes Konzept der lokalen Kontrolle des Schulwesens und die Bedeutung der privaten Schulen sind die Determinanten, die die Bildungschancen in den USA bedingen. Es sind Determinanten, die in Gesprächen mit Freunden, Bekannten, Studenten, Schülern und Kollegen versteckt oder offen immer präsent waren. Diese häufig sehr offen geführten Gespräche haben den aus eigener Anschauung oder dem Literaturstudium gewonnenen Kenntnissen erst den konkreten Lebens- und Wirklichkeitsbezug gegeben. Nicht zuletzt darin liegen die Chancen eines Aufenthaltes am Trenton State College.

Wider den Untertanengeist

Bereits im November 1977 hatten sich über 150 Wissenschaftler der Universität, der Fachhochschule und anderer wissenschaftlicher Institutionen in Frankfurt in einem offenen Brief an den Wissenschaftsminister des Landes Niedersachsen gewandt, um die Rücknahme der Dienstenthebung von Prof. Dr. Peter Brückner (Hannover) zu unterstützen (s. Uni-Report vom 23. 11. 1977). Die Initiatoren rufen jetzt dazu auf, sich am 27. Januar an einer Protestveranstaltung in Hannover zu beteiligen. Unter dem Motto „Kampf für demokratische Verfassung — wider den Untertanengeist“ wollen dabei Wissenschaftler deutscher und ausländischer Hochschulen „gegen die zunehmende Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit in der Bundesrepublik“ protestieren.

Dabei gehe es nicht nur darum, die Betroffenheit gegen die Amtsenthebung Brückners auszudrücken. Zugleich wollen die Teilnehmer sich dagegen zur Wehr setzen, „daß anstelle kritischer Forschung und Lehre zunehmend der Staatstreue und dem Untertanengeist Vorschub geleistet wird“.

Als Programm ist vorgesehen: Um 13 Uhr Beginn eines Protestmarsches von der Stadthalle in Hannover zum Amtssitz des Wissenschaftsministers

Pestel, dort Übergabe einer Protest-Erklärung; um 14.30 Uhr Kundgebung in der Stadthalle mit Prof. P. von Oertzen, Prof. Otwin Massing, Dr. Dieter Galas (GEW) und Prof. U. K. Preuss. Abends veranstaltet der ASTA der TU Hannover eine Solidaritätsveranstaltung. Am nächsten Vormittag sind Arbeitsgruppen geplant.

Kontaktadressen in Frankfurt für weitere Informationen, Organisation von Mitfahrgelegenheiten, Quartier, Spenden, etc. sind: Rudi Schmiede, Telefon 75 20 03 oder 55 38 87; Eckart Teschner, Telefon 75 20 03 oder 5 97 89 11; Dietrich Wetzell, Tel. 7 98 - 32 68 oder 77 66 96.

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.
Redaktion: Andrea Füllgraff und Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main. Telefon: (06 11) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 04 13 932 unif d.

Druck: Union-Druckerei, 6000 Frankfurt am Main.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle 14 Tage am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Modellversuch Studienberatung - und danach?

Seit zwei Jahren gibt es an der Frankfurter Universität ein Unterprojekt des Hessischen Modellversuchs „Kooperationssystem Studienberatung“. Im Rahmen dieses aus Bundes- und Landesmitteln finanzierten Modellversuchs werden an den Hochschulen und Fachhochschulen in Hessen je verschiedene Schwerpunkte in der Beratung gesetzt. In Frankfurt geht es um den „Einsatz eines mobilen Teams von nebenamtlichem Beratungspersonal an Brennpunkten der Studienberatung“. Hinter dieser komplizierten Projektbezeichnung verbirgt sich eine Gruppe von insgesamt 12 Studenten (Mentoren), die nebenberuflich, d. h. neben ihrem Studium, Studienberatung für Studienanfänger bzw. -bewerber anbieten.

Ein Teil der Arbeitszeit, die den Mentoren zur Verfügung steht, wird in die Zeit der Immatrikulation investiert. Den Studienanfängern soll eine erste Orientierung an der Universität vermittelt werden, die natürlich eine Fachberatung in den jeweiligen Fachbereichen nicht ersetzen kann. Seit dem WS 77/78 bieten die Mentoren fachspezifische Gruppenberatungen an. In den Gruppen besteht die Möglichkeit, sowohl gleichartige Informationsbedürfnisse der Studienanfänger zu befriedigen als auch einen ersten Anstoß zur studentischen Zusammenarbeit zu geben. Zusätzlich zu den Gruppenberatungen haben die Mentoren während der Immatrikulationszeit und im Semester feste Sprechstunden, in denen sie zu ihrem jeweiligen Fachgebiet sowie zu

1. Studienberatung hat ihren Ausgangspunkt in den Problemen, die im „normalen“ Kommunikationsprozeß der Hochschule nicht gelöst werden.

2. Studienberatung hat sich zu orientieren an den Problemen und Bedürfnissen der Studenten; ihr Interesse sollte sein, einerseits (Informations-)Defizite für den Studenten abzubauen und ihn andererseits zu befähigen, seine Schwierigkeiten als nicht allein individuelle zu erkennen. Der Berater berücksichtigt, daß die Probleme der Studenten sowohl individuelle, persönliche Anteile haben als auch allgemeine, die eher Probleme der Hochschule sind. Er wirkt aufklärend, um den Studenten eine kritische Sicht der eigenen Probleme zu ermöglichen.

3. Die Studienberatung kann nicht unabhängig die Probleme lösen, die in anderen Bereichen (z. B. Fachbereiche, Verwaltung, Berufswelt) auftreten. Sie muß an der Lösung der Probleme mitarbeiten und arbeitet dabei mit allen Gruppen der Hochschule zusammen.

4. Es ist deshalb Hauptaufgabe der Beratung, die Studenten über die Einsicht in ihre Interessen zu selbständigen Entscheidungen zu befähigen.

5. Die Beratung arbeitet an der Studienreform mit. Die Beratungserfahrungen müssen reflektiert und zum Zwecke einer Veränderung immer wieder auftretender Schwierigkeiten an die Hochschule zurückvermittelt werden.

6. Da die Beratungsaktivitäten aus den Problemen der unterschiedlichen Hochschulsituationen und dezentralen Stellen (z. B. Fachbereiche) entstehen, hat dies notwendig zur Konsequenz, daß die Arbeit der Berater in ihren Fachbereichen unterschiedliche Formen hat und durchaus nicht immer dieselben Maßnahmen zur Beratung der Studenten ergriffen werden. Dazu gehören folgende Aktivitäten:

- Gruppenberatung,
- Einzelberatung,
- Orientierungseinheiten,
- Unterstützung sonstiger Beratungspersonen (z. B. Anregung alternativer Lehr- und Lernformen),
- Auseinandersetzung mit dem Berufsfeld (z. B. Diskussionsveranstaltungen).

7. Für die organisatorische Durchführung von Studienberatung ergibt sich daraus folgendes:

Damit gewährleistet ist, daß sich Studienberatung an den Schwierigkeiten und Problemen der Studenten orientiert, die bezogen auf die gesamte Hochschule sehr verschieden sein können, muß sie im „unmittelbaren Erfahrungsbereich der „Benutzer“ angesiedelt

sein. Das Aufgreifen der je spezifischen Beratungsbedürfnisse muß folglich dezentral organisiert sein. Beratung muß geleistet werden von solchen Personen, die selbst Schwierigkeiten und Probleme der jeweiligen Studiengänge ausreichend kennen (z. B. Studenten und ehemalige Absolventen). Alle an der Beratung Beteiligten (nebenberufliche Berater,

Im November und Dezember vorigen Jahres fanden an der Frankfurter Universität zwei Seminare zur Studienberatung von Abiturienten statt. Die vom Liberalen Hochschulverband (LHV) in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Naumann-Stiftung organisierten Informationsveranstaltungen waren Auftakt zu einer Reihe ähnlicher Seminare an anderen hessischen Hochschulen und wurden inzwischen in die Liste der Modellversuche beim Hessischen Kultusminister und beim Projekt „Beratung in Schulen“ (BIS) aufgenommen.

Als die Projektleiter Harald Dörig und Karl-Heinz Wellmann unter dem Motto „Studium - 1000 Fragen“ interessierte Schüler der Klassen 12 und 13 aus dem Gebiet des Umlandverband Frankfurt zu einem Seminar zur Studieneinführung einluden, hofften sie auf Zusage von rund 250 Schülern; statt dessen meldeten sich binnen weniger Tage weit über 700 Teilnehmer an. Um niemanden ausschließen zu müssen, wurde in aller Eile ein zusätzliches Seminar organisiert und zu jedem der beiden Termine je die Hälfte der angemeldeten Schüler eingeladen.

Die Veranstaltung wurde eröffnet jeweils durch ein Referat von Jürgen Bangert (Fachschaftsvertreter am Fachbereich Jura in Frankfurt), in dem er zur Hochschulentwicklung in Hessen Stellung nahm. Ausdrücklich begrüßte Bangert die Pläne der Landesregierung, den Numerus clausus so weit abzubauen, daß alle Schüler, die mit einer Studienberechtigung die Schule verlassen, auch einen Studienplatz erhalten können. Kritisch setzte er sich mit der Ablehnung dieser Pläne durch die CDU auseinander, die angekündigt hatte, eine von ihr geführte Landesregierung werde Mittel und Wege finden, die angeblich übersteigerten Abiturientenzahlen in Hessen wieder zu drosseln. Bangert betonte aber auch, daß die sozialliberalen Regierungsparteien

allgemeinen Fragen beraten. Da fast alle Fachbereiche in der Mentorengruppe vertreten sind, ist das Angebot entsprechend breit.

Die Aktivitäten, die hier nur knapp skizziert werden konnten, stehen, wie gesagt, im Zusammenhang mit einem Modellversuch. Solche Versuche sind jedoch zeitlich begrenzt. Auch der Modellversuch geht seinem Abschluß entgegen. Nach bisher vorliegenden Informationen soll die Finanzierung für Frankfurt im August dieses Jahres auslaufen. Das bedeutet zunächst, daß an der Universität Frankfurt eine beträchtliche Beratungskapazität nicht mehr zur Verfügung stehen wird. Schon jetzt kann die Beratungssituation als prekär bezeichnet werden, soweit es die Zentrale Beratungsstelle betrifft: Dort ist zur Zeit nur eine der vier Planstellen für hauptamtliche Berater besetzt. Aber selbst wenn alle Stellen in der Zentralen Beratungsstelle besetzt wären, könnten damit nach Ansicht der Mentoren auch aus inhaltlichen Gründen nicht alle Aufgaben der Studienberatung erfüllt werden. Wie eine funktionsfähige und adäquate Studienberatung beschrieben werden kann, ist Gegenstand der im folgenden wiedergegebenen „Thesen zum Selbstverständnis nebenberuflicher Berater“. Diese Thesen wurden auf einem Treffen aller nebenberuflichen Berater im Hessischen Modellversuch am 21. Dezember 1977 verabschiedet:

nebenamtliche Berater, hauptamtliche Berater) sollen eine Beratungseinheit bilden. Die besondere Form ihrer Zusammenarbeit ergibt sich aus ihren jeweiligen Arbeitsbereichen und Arbeitsmöglichkeiten. Um die Abstimmung der Beratungsaktivitäten und deren Reflektion sowie die Rückkopplung an die Hochschulen zu gewährleisten, muß ein Ko-

operationsbereich geschaffen werden, so daß die Berater selbst einen Teil ihrer Arbeitszeit auf die Kooperation mit den Kollegen verwenden können.

8. Da Schwerpunkt ihrer Arbeit die Fortentwicklung der Studienberatung im Interesse der Studenten sein sollte, richten die Berater einen Großteil ihrer Arbeit nicht nur auf die

Unterstützung der existenten Beratungsaktivitäten, sondern vor allem auch auf die Initiierung und Durchführung als sinnvoll erkannter neuer Maßnahmen (z. B. im Bereich der studienvorbereitenden Beratung: die Verankerung von Schülertagen für Schüler der Sekundarstufe II, im Bereich der Studieneingangsphase: Orientierungseinheiten für Erstsemesterstudenten).

9. Die Arbeitssituation des nebenberuflichen Beraters ist durch Schwierigkeiten gekennzeichnet, die zum Teil aus seiner Funktion als Nebenberuflicher, zum Teil aus seinem Status als (Quasi-)Student resultieren: ist einerseits durch diesen Status gewährleistet, daß der Berater die Probleme kennt, die die Studenten selbst im wesentlichen beschäftigen, so ist es andererseits gerade dieser Status, der eine relativ „schwache“ Position gegenüber anderen Personen/Institutionen an dem dezentralen Arbeitsfeld zur Folge hat.

Deshalb muß die Beschäftigung der nebenberuflichen Berater sowohl hinsichtlich der Vertragsdauer als auch hinsichtlich des Studienumfanges gesichert sein.

Studienberatung für Abiturienten

endlich den Universitäten ausreichend finanzielle und sachliche Mittel zur Verfügung stellen müßten, damit die Qualität der Hochschulausbildung durch stetig steigende Studentenzahlen nicht weiter verschlechtert werde.

Regierungsdirektor Paul Brücker von der Zentralen Vergabestelle in Dortmund (ZVS) gab einen detaillierten Überblick über das Zulassungsverfahren bei NC-Studiengängen. Brücker erläuterte u. a. das zur Zeit gültige Übergangsverfahren nach „Landeskinderquoten“, das die „Bonus-Malus-Regelung“ abgelöst hat, und wies hierbei auch darauf hin, daß die momentan geltende Regelung wegen der im Vergleich zu anderen Bundesländern in Hessen höheren Abiturientenzahl von erheblichem Nachteil für hessische Studenten ist.

Irmela Gantzer vom Studentenwerk der Universität Frankfurt gab dann eine Übersicht über Möglichkeiten der Studienförderung und über Wohnmöglichkeiten für Studenten. Dabei unterstrich sie die Forderung der Studentenwerke nach Erhöhung der Ausbildungsförderung auf DM 690 pro Monat.

Im Anschluß an diese drei Referate wurden die Schüler in Kleingruppen entsprechend ihrer speziellen Studienwünsche von Studenten höherer Semester und von Professoren ausführlich beraten.

Diese fachspezifische Studienberatung war das Kernstück der beiden Seminare, die Veranstalter hatten folgende Themen angeboten (in Klammern jeweils die Zahl der schriftlich angemeldeten Teilnehmer beim 2. Seminar):

Medizin (54), Biologie (42), Biochemie/Pharmazie/Chemie (25), Physik (12), Mathematik (11), Technik/Maschinenbau/Wirtschaftsingenieurwesen (17), Psychologie (15), Informatik/Wirtschaftswissenschaften (35), Jura (33), Germanistik (24), Ro-

manistik/Anglistik (15), Sozialpädagogik (20) ohne Fachnennung 77; zusätzlich angeboten wurden jeweils Philosophie (ca. 15 Teilnehmer) und Lehramt für Primar- und Sekundarstufe I (ca. 10). Durch Parallelgruppen war erreicht worden, daß die durchschnittliche Gruppenstärke bei der Fachberatung 15 Schüler betrug.

Gespräche mit Schülern und mit Lehrern sowie die Auswertung eines Fragebogens ergaben, daß sowohl die drei Einführungsreferate als auch insbesondere die Gruppenberatung außerordentlich positiv bewertet wurden. Die Berufsberatung durch das Frankfurter Arbeitsamt stieß hingegen auf verbreitete Ablehnung. Vorgeworfen wurde ihm insbesondere, nicht individuell, sondern formblattmäßig zu beraten und statt konkreter Information Bedarfslenkung zu praktizieren. Nach Berichten von Lehrern hätten viele Seminarteilnehmer hervorgehoben, daß es besonders angenehm gewesen sei, von „jungen Studenten“ statt von „distanzierten Bürokraten“ sehr „hautnah“ informiert zu werden.

Die Projektleiter können nicht beurteilen, ob diese Kritik berechtigt ist. Völlig aus der Luft gegriffen erscheint sie ihnen jedoch nicht: Statt den Veranstaltern des Seminars Hilfestellungen anzubieten, wachte ein leitender Beamter des Arbeitsamtes, Abteilung Beratung für Abiturienten und Hochschüler, eiferstüchtig über die seiner Behörde gemäß § 26 Arbeitsförderungsgesetz allein zustehende Kompetenz der Berufsberatung und deutete sogar gerichtliche Schritte gegen die Friedrich-Naumann-Stiftung an, falls seine Kompetenzen berührt würden. Dabei hatte keiner der Veranstalter je von Berufsberatung gesprochen, sondern stets von Studienberatung.

Das durch die hohe Teilnehmerzahl an den beiden Seminaren dokumentierte ungeheuer große Bedürfnis nach

Studieninformation schon in den Klassen 12 und 13 kann auf Dauer weder von Studentenverbänden, wie dem LHV, noch von den bestehenden Beratungseinrichtungen der Hochschulen befriedigt werden. In Zusammenarbeit mit der Liberalen Schüleraktion (LISA) ist der LHV deshalb initiativ geworden mit dem Ziel, das „Beratungsdefizit“ von seiten der Schulen her zu überwinden. Eine Kernforderung ist in diesem Zusammenhang die Institutionalisierung von sogenannten „Beratungslehrern“ an den Oberstufen von Gymnasien und Gesamtschulen. Dies bedeutet, daß interessierte Lehrer durch Spezialkurse an der hessischen Lehrerbildungsakademie oder an Didaktischen Zentren der Universitäten eine Zusatzqualifikation für die Studien- und Berufsberatung von Schülern erhalten sollen. Die so ausgebildeten „Beratungslehrer“ sollen dann an ihrer jeweiligen Schule in enger Kooperation mit der Studienberatung der Hochschulen und in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern tätig werden.

Nach Vorstellung von LISA und Liberalem Hochschulverband sollen die Beratungslehrer wöchentlich Beratungsstunden für die Schüler der Klassen 12 und 13 anbieten, die fest in das Unterrichtsangebot eingeplant und den Lehrern auf ihr Studentendeputat angerechnet werden. In den Beratungsstunden sollen Kleingruppen von Schülern über Berufs- und Studienmöglichkeiten umfassend informiert werden. Ferner sollten nach Bedarf auch Experten aus den Universitäten sowie der Berufspraxis zu Vorträgen eingeladen und Exkursionen in Hochschulen und in Betriebe organisiert werden. In diesem Zusammenhang wurden bereits Kontakte zum Kooperationsystem Studienberatung in Wiesbaden und zu Parlamentariern der sozialliberalen Koalition aufgenommen.

Winfried Schroeder-Babo

In der **Bibliothek des Fachbereichs Erziehungswissenschaften** ist ab 16. März 1978 für zunächst 1 Jahr eine BAT IIa-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

zu besetzen.
Aufgabengebiet: Umstellung der Fachbereichsbibliothek auf die neue Systematik.
Einstellungsvoraussetzungen: Hochschulabschluß in einem geisteswissenschaftlichen oder sozialwissenschaftlichen Fach.
Bewerbungen sind bis zum 10. Februar 1978 an den Dekan des Fachbereichs Erziehungswissenschaften, Senckenberganlage 15, zu richten.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist an der **Professur für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing**, ab 1. April 1978 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

mit 50 Monatsstunden neu zu besetzen.
Voraussetzungen für die Einstellung sind ein abgeschlossenes Vordiplom und Studium des Faches Marketing.
Der (die) Stelleninhaber(in) soll neben den üblichen Hilfstätigkeiten (Fotokopieren, Bibliotheksverwaltung etc.) bei der Sammlung von wissenschaftlichen Materialien im Rahmen der Forschung mitwirken.
Bewerbungen mit Unterlagen werden an Herrn Prof. Dr. Klaus Peter Kaas, Professur für BWL, insbesondere Marketing, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt a. M., erbeten.

Im **Fachbereich Wirtschaftswissenschaften** ist am **Seminar für Wirtschafts- und Sozialpolitik (Institut für Konjunktur, Wachstum und Verteilung)** ab 1. Februar 1978 die Stelle einer

WISSENSCHAFTLICHEN HILFSKRAFT (mit Abschluß)

(69 Stunden pro Monat) für die Mitarbeit im Rahmen von Forschung und Lehre zu besetzen. Voraussetzung: Diplom.
Bewerbungen sind bis zum 27. Januar 1978 zu richten an Prof. Dr. H. Meinhold, Mertonstraße 17, Zimmer 102-104 D.

Im **Fachbereich Geowissenschaften** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist am **Institut für Meteorologie und Geophysik - Abteilung Geophysik** - die Stelle eines(r)

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS (IN)

(BAT IIa) ab 1. März 1978 für längstens 12 Monate zu besetzen.
Bewerber müssen das Diplom in Geophysik oder einen vergleichbaren Abschluß haben.
Der Aufgabenbereich umfaßt die selbständige Durchführung von Arbeiten auf den Gebieten der digitalen Datenverarbeitung, der geophysikalischen Inversionsverfahren und der Seismologie. Kenntnis des Betriebssystems der Univac 1108 des HRZ werden vorausgesetzt. Dem Stelleninhaber wird Gelegenheit gegeben, selbstbestimmte Forschungsarbeiten durchzuführen.
Bewerbungen werden erbeten an: Prof. Dr. W. Jacoby, Institut für Meteorologie und Geophysik, Feldbergstraße 47, Telefon: 7 98-23 75.

Im **FB 13 Physik** ist im **Institut für Geschichte der Naturwissenschaften** die Stelle einer

DIPL.-BIBLIOTHEKARIN

(BAT Vb) ab sofort zu besetzen. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Die Bewerberin sollte mit den üblichen Sekretariatsarbeiten gut vertraut sein. Fremdsprachenkenntnisse sind erwünscht.
Bewerbungen an den Geschäftsführenden Direktor erbeten.

In der **Verwaltungsabteilung Zentrale Datenverarbeitung (ZDV)** ist ab sofort die Stelle einer

DATENERFASSERIN

(BAT VII) zur Bedienung des Datensammlerfassungssystems ICL-KEY-EDIT 50 zu besetzen.
Erfahrungen als Datenerfasserin oder gute Schreibmaschinenkenntnisse sind erwünscht, jedoch keine Voraussetzung.
Wir bieten eine Ihrer Qualifikation entsprechende Vergütung nach BAT, verbunden mit den üblichen sozialen Leistungen des öffentlichen Dienstes.
Weitere Informationen sind über Herrn Sanader, Tel.: 06 11/7 98-28 32 zu erhalten.
Bewerbungen mit den Unterlagen sind zu richten an den Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberganlage 31, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im **Institut für Psychologie** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist für die Dauer von 6 Monaten ab dem 1. Februar 1978 die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT IIa) zu besetzen.
Aufgabenbereiche: Unterstützung in Forschung und Lehre auf den Gebieten der Arbeitswissenschaften und Polytechnik.
Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium der Psychologie sowie Kenntnisse aus den Bereichen der Arbeitswissenschaften.
Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung nach § 45 HUG gegeben.
Bewerbungen sind zu richten an: Herrn Prof. Dr. Burkardt, Institut für Psychologie, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt am Main, Bewerbungsschluß 31. Januar 1978.

Im **Institut für Organische Chemie (Prof. Kessler)** ist zum 1. Februar 1978 die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

(BAT VI b) im Sekretariat neu zu besetzen. Die Eingruppierung richtet sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.
Erfahrungen in den üblichen Sekretariats- und Verwaltungsarbeiten sowie sicheres Maschinenschreiben werden vorausgesetzt, Grundkenntnisse der englischen Sprache sind angenehm.
Bewerbungen an den Dekan des FB Chemie, Robert-Mayer-Straße 7/9, 6000 Frankfurt/Main, Telefon 29 89 oder 29 62, erbeten.

Im **Institut für Angewandte Physik** der J. W. Goethe-Universität sind ab sofort zwei Stellen für halbtägig beschäftigte

PHYS.-TECHN. ASSISTENTEN(INNEN)

(BAT VII/VI b) zu besetzen.
Die Bewerber(innen) sollen vorwiegend bei experimentellen Untersuchungen in Forschungsgruppen mitwirken. Erwartet wird die Fähigkeit zu weitgehend selbständiger Mitarbeit, besonders erwünscht sind Kenntnisse und Erfahrungen aus den Gebieten der Elektronik, der Nachrichtenübertragung und Informationsverarbeitung, der Meß- und Regeltechnik und der elektronischen Datenverarbeitung. Vorteilhaft wären Kenntnisse im Techn. Zeichnen und in Englisch.
Bewerbungen werden erbeten an den Geschäftsführenden Direktor des Instituts für Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4, 6000 Frankfurt/Main, Telefon 7 98 - 34 89.

Im **Fachbereich Chemie** ist ab sofort zunächst für 3 Jahre eine BAT II a-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

zu besetzen.
Das Aufgabengebiet umfaßt Dienstleistungen nach § 45 HUG, insbesondere Tätigkeit im chemischen Praktikum für Studierende mit Nebenfach Chemie. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem Stelleninhaber Gelegenheit zur selbstbestimmten Forschung, insbes. zur Arbeit an einer Dissertation gegeben.
Einstellungsvoraussetzung ist ein abgeschlossenes Studium der Chemie an einer wissenschaftlichen Hochschule.
Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1978 an den Dekan des FB Chemie, Robert-Mayer-Straße 7-9, 6000 Frankfurt/Main, zu richten.

Im **Institut für Pharmazeutische Chemie** ist ab sofort für zunächst 3 Jahre die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT II a) gemäß § 45 (HUG 1974) neu zu besetzen.
Arbeitsgebiet: Mitarbeit bei der Durchführung des Praktikums Pharmazeutische Chemie III (Teil A u. B) und in der Forschung auf dem Gebiet der Entwicklung neuer Antiarrhythmika. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem Bewerber Gelegenheit zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.
Einstellungsvoraussetzung: Pharmazeutisches Staatsexamen oder Diplom-Hauptprüfung für Chemiker bzw. Diplom-Hauptprüfung für Biologen. Nützlich würden bereits gewonnene Unterrichtserfahrungen sein.
Bewerbungen sind mit den erforderlichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnisse) bis zum 15. Februar 1978 im Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie einzureichen.

Im **Fachbereich Chemie - Institut für Physikalische und Theoretische Chemie** der Joh. Wolfgang Goethe-Universität ist ab sofort zunächst für 3 Jahre eine BAT II a-Stelle für einen

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITER

zu besetzen.
Vom Bewerber wird die Mitarbeit an den Übungen zur Hauptvorlesung Physikalische Chemie erwartet. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Gelegenheit zur selbstbestimmten Forschung nach § 45 HUG gegeben.
Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule in Chemie sowie Kenntnisse auf dem Gebiet der Laserspektroskopie und Laserentwicklung.
Bewerbungen sind bis zum 10. Februar 1978 zu richten an den Dekan des Fachbereichs Chemie der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Robert-Mayer-Straße 7/9, 6000 Frankfurt am Main 1.

Im **Institut für Meteorologie und Geophysik, Abteilung Geophysik**, ist die Stelle einer

VERWALTUNGSANGESTELLTEN

(BAT VI b) zum 1. April 1978 oder früher zu besetzen. Selbständige Durchführung aller Verwaltungs- und Schreibarbeiten. Gute Englischkenntnisse, gute Auffassungsgabe erforderlich. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.
Bewerbungen an das Institut für Meteorologie und Geophysik der Universität Frankfurt am Main, Telefon: 7 98-23 75.

Im **Institut für Sozialforschung**, Frankfurt am Main, ist die Stelle für einen (eine)

BIBLIOTHEKAR (IN)

zu besetzen.
Neben einer notwendigen bibliothekarischen Fachausbildung sind sozialwissenschaftliche Kenntnisse sowie Interesse für Dokumentationsverfahren erwünscht. Die Bezahlung erfolgt nach BAT.
Bewerbungen sind umgehend zu richten an: Institut für Sozialforschung, Senckenberganlage 26, 6000 Frankfurt am Main, Telefon 75 20 03.

Zum 15. Februar 1978 oder später wird eine

MITARBEITERIN (BAT VII)

für das **Prüfungsamt des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften** gesucht. Sie wird als Verwaltungsangestellte zu einem eingespielten Team gehören.
Ihre Aufgabe: Teilweise selbst. zu leistende Abwicklung studentischen Publikumsverkehrs und Vorbereitung zur Durchführung von Prüfungen.
Wir erwarten: Freundliches, korrektes Auftreten und Organisationstalent, gute Schreibmaschinen- und Stenographiekenntnisse.
Wir bieten: Sicheren Arbeitsplatz, angenehme Arbeitsbedingungen. Die Eingruppierung wird nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT erfolgen. 13 Monatsgehälter, Essengeld.
Wir freuen uns auf Ihren Anruf: Telefon 7 98 - 35 11. Die Bewerbungsfrist läuft bis zum 8. Februar 1978.

Im **Fachbereich Philosophie** ist zum 1. April 1978 eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFTSTELLE (ohne Abschluß)

zu besetzen, 80 Stunden mtl. für Prof. Dr. Alfred Schmidt. Tätigkeitsmerkmale: Dienstleistungen bei Lehr- und Forschungsaufgaben.
Ferner folgende

STUDENTISCHE TUTORENSTELLEN

mit 4 Wochenstunden für das SS 1978:
1 Tutor für das Proseminar von Prof. Dr. Altwickler: „Kants Geschichtsphilosophie“
1 Tutor für das Proseminar von Prof. Dr. Apel: „Probleme der Semiotik“
1 Tutor für das Proseminar von Prof. Dr. Bubner: „Aristoteles: Politik“
1 Tutor für das Proseminar von Doz. Dr. Lautemann: „Ding und Individuum“.
Bewerbungen sind an das Dekanat des Fachbereichs Philosophie, Dantestraße 4-6, 6000 Frankfurt/Main, bis zum 3. Februar 1978 zu richten.

Am **Institut für Jugendbuchforschung** der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Fachbereich 10, Neuere Philologien, ist am 1. April 1978 die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

40 Stunden monatlich zu besetzen (vorbehaltlich der finanziellen Zuweisung).
Die Tätigkeit umfaßt Arbeiten im Bereich der Bibliothek und bei der Vorbereitung und Durchführung von Forschungsprojekten des Instituts.
Bewerbungen werden ab sofort erbeten an: Institut für Jugendbuchforschung, Georg-Voigt-Straße 10, Telefon: 7 98-35 64.

In der **Betriebseinheit Institut für Rechtsgeschichte Romanistische Abteilung** (vormals Institut für Römisches Recht und Rezeptionsgeschichte) ist ab 16. März 1978 eine Stelle für eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT MIT ABSCHLUSS

(auf der Basis von 46 Std. im Monat) zu besetzen.
Voraussetzung ist ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Studium (Referendarexamen).
Das Aufgabengebiet umfaßt vor allem Mithilfe bei wissenschaftlichen Arbeiten und Prüfungen im bürgerlichen Recht.
Bewerber werden gebeten, sich bis zum 6. Februar 1978 zu melden im Institut für Rechtsgeschichte, ROMANISTISCHE ABTEILUNG, Senckenberganlage 31, Zimmer 406, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 7 98-23 61.

Am **Neurologischen Institut (Edinger-Institut)** ist ab sofort die Stelle (1/2 Planstelle) einer

MED.-TECHN. ASSISTENTIN,

20 Arbeitsstunden wöchentlich, zu besetzen.
Aufgabenbereich: Neurohistochemie (Einarbeitung kann erfolgen) und/oder Neurohistologie (Vorkenntnisse erwünscht). Vergütung erfolgt nach BAT (je nach Berufserfahrung; bis V c).
Interessenten werden gebeten, sich mit Herrn Professor Dr. med. E. Thomas, Deuschordenstraße 46, 6000 Frankfurt-Niederrad, Telefon 6 70 42 56 (oder 6 70 41) in Verbindung zu setzen.

Im **Fachbereich 18 Geographie (Institut für Didaktik der Geographie)** sind zum SS 1978 folgende Stellen zu besetzen:

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE

Zwei Studentische Hilfskräfte ohne Abschluß mit je 50 Stunden
Eine Studentische Hilfskraft ohne Abschluß mit 35 Stunden
Eine Studentische Hilfskraft ohne Abschluß mit 25 Stunden.
Bewerbungen werden bis zum 30. Januar 1978 an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Didaktik der Geographie, Schumann-Straße 58 erbeten.

Im **Fachbereich Neuere Philologien (Englisches Seminar/Amerika Institut)** ist im SS 1978 (1. April bis 15. Juli 1978) - vorbehaltlich der Zuteilung der erforderlichen Mittel - folgende

TUTORENSTELLE

zu besetzen:
ein akademischer Tutor mit 2 Wochenstunden für das Seminar: „Möglichkeiten universitärer Erwachsenenbildung: Kultur der Industriellen Arbeitswelt II“.
Bewerbungen sind bis zum 1. Februar 1978 an die Geschäftsführung des Englischen Seminars/Amerika Instituts, Kettenhofweg 130, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Neuer Streit im VDS-Vorstand

Im Vorstand der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) ist es zu neuen Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf die Jungsozialisten-Hochschulgruppen und der Liberale Hochschulverband am 11. Januar ihre Mitarbeit in der Verbandsspitze bis auf weiteres eingestellt haben. In einer gemeinsamen Erklärung betonten Jusos und LHV, Anlaß zu ihrem Rückzug aus dem VDS-Vorstand seien tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten in dem Gremium über die weitere Politik des Dachverbandes gewesen. Die Koalition von Jusos und LHV mit dem Marxistischen Studentenbund (MSB) Spartakus und dem Sozialistischen Hochschulbund (SHB) sowie den Basisgruppen war auch in den vergangenen Jahren häufig von erheblichen Spannungen gekennzeichnet. Mit dem Rückzug von zweien der fünf Koalitionspartner aus der Arbeit der Verbandsspitze haben diese Auseinandersetzungen jetzt einen Höhepunkt erreicht.

DAAD-Broschüre

Mit der Broschüre „Studium der Anglistik/Amerikanistik im Vereinigten Königreich“ setzt der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) seine Bemühungen fort, durch länder- und fächerspezifische Studienführer deutschen Studenten die Vorbereitung auf einen Studienaufenthalt im Ausland zu erleichtern.

In Ergänzung des „Handbook of University Teachers of English Language and Literature, Linguistics and Celtic Studies in Great Britain and Ireland“ sind diese Informationen in erster Linie als Orientierungshilfe für deutsche Studenten der Anglistik/Amerikanistik gedacht, die sich informieren wollen, welche Studiengänge an den britischen Hochschulen angeboten werden und wo sie Kurse finden können, die ihren speziellen Interessen entsprechen.

Der Studienführer liegt bei den Akademischen Auslandsämtern und den Englischen Seminaren der Hochschulen vor. Er ist auf Anfrage auch vom Deutschen Akademischen Austauschdienst, Kennedyallee 50, 5300 Bonn-Bad Godesberg, direkt erhältlich.

In der Erklärung von Jusos und LHV wird betont, besonders umstritten sei die hochschulpolitische Strategie der VDS gegenüber Parlamenten und Parteien. In einer Situation, in der seit Jahren zum ersten Male wieder eine Änderung des Hochschulrahmengesetzes diskutiert werde, wäre es „verfehlt“, das Gespräch mit den Parteien „aus Ideologieborniertheit“ unmöglich zu machen. Vielmehr müßten Regierungen und Parteien durch Druck von unten zu einer völligen Neufassung des Hochschulrahmengesetzes gezwungen werden. Als aktuellen Anlaß für ihren Rückzug aus dem VDS-Vorstand nannten Jusos und LHV einen „völlig überraschend vollzogenen Umschwung“ der Basisgruppen im VDS-Vorstand. Bei den Basisgruppen habe in den letzten Wochen eine Fraktion die Oberhand gewonnen, die das politische System der Bundesrepublik „auf eine Stufe mit dem McCarthyismus und stalinistischen Systemen“ stelle. Diese Einschätzung werde durch den MSB Spartakus taktisch unterstützt und als Meinung des VDS-Vorstandes ausgegeben. Dadurch werde Jusos und LHV eine weitere Mitarbeit im VDS-Vorstand unmöglich. Beide Gruppen seien stets gegen die Einschränkung der Vertretung studentischer Interessen, die Diffamierung der Hochschulen als „geistiger Sumpf“, gegen Einschüchterungsversuche politisch aktiver Studenten und gegen Berufsverbote eingetreten. Sie könnten aber keine Mitverantwortung für eine Politik übernehmen, die im Kampf gegen diese Erscheinungen und ihre Ursachen jeden Bezug zur Realität verliere. Die Jungsozialisten-Hochschulgruppen hoben in einer gesonderten Erklärung noch hervor, daß Vertreter von Basisgruppen und Spartakus Auffassungen als angebliche VDS-Meinung verträten, die im Widerspruch zur Hauptresolution der VDS stünden. Jusos ließen sich auch als VDS-Vorstandsmitglieder nicht für Positionen in Anspruch nehmen, die die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften behinderten und die Studenten in eine gesellschaftliche Isolation führten.

Die Vertreter von SHB und MSB Spartakus im VDS-Vorstand nannten den Rückzug von Jusos und LHV aus der Vorstandsarbeit unverständlich und schädlich für die Interessen der Studenten. Der von Jungsozialisten und Liberalem Hochschulverband erwackte Eindruck, die Mehrheit des

VDS-Vorstandes stehe einer Politik der konsequenten und effektiven Interessenvertretung der Studenten ablehnend gegenüber, werde durch keinerlei Tatsachen belegt. SHB und MSB stimmten vielmehr mit Jusos und LHV darin überein, daß durch Druck von unten eine Neufassung des Hochschulrahmengesetzes erreicht werden müsse. Es sei selbstverständlich, daß der VDS-Vorstand in diesem Zusammenhang das Gespräch mit den verantwortlichen Politikern suche. Einzelnen Vorstößen des Vertreters der Basisgruppen im VDS-Vorstand, im Namen der Vereinigten Deutschen Studentenschaften Erklärungen abzugeben, die der VDS-Hauptresolution „in einigen Punkten

teilweise“ widersprächen, seien gerade SHB und MSB „im Vorfeld solcher Vorstöße“ immer entschieden entgegengetreten. MSB und SHB forderten Jusos und LHV auf, gemeinsam mit den anderen Verbänden im VDS-Vorstand auf der kommenden Mitgliederversammlung auf eine Hauptresolution hinzuwirken, die konkrete Novellierungsforderungen zum Hochschulrahmengesetz und eine klare Definition des Verhältnisses der VDS zu Parteien und Regierung enthalten müsse.

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) begrüßte den Schritt von Jusos und LHV, der die Chance „zu einem einheitlichen demokratischen Vorgehen“ in der Stu-

Mediziner fürchten Rückkehr zur Ordinarien-Universität

„Initiative Hochschulreform“ nennt sich in Anlehnung an die Bürgerinitiativen eine überregionale Gruppe von Medizin-Professoren, die sich gegen Tendenzen zur Restaurierung der „vergangenen Hochschulhierarchie“ zur Wehr setzt. Auf einer Pressekonferenz am 12. Januar im Frankfurter Arabella-Hotel trat sie an die Öffentlichkeit. Anlaß war die gegenwärtig in Hessen anstehende Anpassung des Hessischen Universitätsgesetzes (HUG) an das Hochschulrahmengesetz (HRG), speziell der im Entwurf des Hessischen Kultusministers vorgesehene Paragraph 35 a HUG, der in den Abteilungen der medizinischen Zentren den „Abteilungsleiter auf Dauer“ vorsieht. Die „Initiative“ verfolgt das Ziel, diesen vorgesehenen Paragraphen ersatzlos zu streichen. Denn er diene dazu, unter dem Vorwand der Krankenversorgung die alten Klinikchefs wieder einzusetzen.

Nach eigenen Angaben gehören der Initiative etwa 30 Prozent der rund 120 Professoren im Fachbereich Humanmedizin der Frankfurter Universität an. Sie vertrete eine ähnliche Richtung wie der Marburger Bund, der allerdings in die Hochschulgesetzgebung nicht so einsteigen könne, da er einen breiteren Kreis von Mitgliedern vertrete. Die „Initiative“ bestehe auch in anderen Bundesländern, etwa in Bayern, Berlin und Baden-Württemberg, wo ähnliche restaurative bzw. reaktionäre Entwicklungen zu bekämpfen seien. Als Sprecher bei der Frankfurter Pressekonferenz traten auf: Prof. Dr. Kurt Offenloch (Neurophysiologie Universität Frankfurt), Prof. Dr. Rudolf Abraham (Klinische Chemie Universität Frankfurt), Prof. Dr. Hans-G. Siedentopf (Gynäkologie Universität Frankfurt), Prof. Dr. Bernhard Nagel für die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (Jurist an der Gesamthoch-

schule Kassel), der Student Harald Dörig für den Liberalen Hochschulverband (Fachbereich Rechtswissenschaft Universität Frankfurt) und Rechtsanwalt Claus Holzappel, der eine entsprechende Klage beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel vertritt.

Im geltenden HUG ist die Struktur des Fachbereichs Humanmedizin nur bis zur Ebene der Zentren geregelt. Der ehemalige Klinikdirektor (Ordinarius) wurde durch das Direktorium und den auf Zeit zu wählenden geschäftsführenden Direktor bzw. Vorstand ersetzt. In Frankfurt wurden durch die Satzung des Fachbereichs Humanmedizin diese Zentren in Abteilungen untergliedert. Die Abteilungen werden von einem Abteilungsleiter, den der Fachbereichsrat einweist, geleitet. Er hat insbesondere im Bereich der Krankenversorgung eine starke Stellung; er ist verantwortlich für den Bettenbereich (erhält dadurch vom

dentenschaft erhöhe. Die Entscheidung sei ein erneuter Beweis dafür, daß die VDS nicht weiter ein als Koordinierungsinstrument kommunistischer Aktivitäten an den Hochschulen seien. Der Abgrenzung der Jusos von den „vielfach anarchistisch orientierten Basisgruppen“ müsse allerdings die Beendigung aller Bündnisse zwischen Jungsozialisten und orthodoxen Kommunisten in sämtlichen deutschen Studentenvertretungen folgen, forderte der stellvertretende Vorsitzende vom RCDS, Günther Heckelmann, am 12. Januar in Bonn. Solange die Jusos eine Wiederaufnahme ihrer Mitarbeit im VDS-Vorstand von der Einhaltung der „eindeutig kommunistisch diktierten“ Hauptresolution der VDS abhängig machten, würden sie allerdings Zweifel in die Glaubwürdigkeit ihres Bekenntnisses zu demokratischen Prinzipien nähren.

Kultusminister das Liquidationsrecht), hat gegenüber den anderen der Abteilung zugeordneten Professoren Weisungsbefugnisse, bestimmt über die der Abteilungsleiter zugewiesenen Mittel, koordiniert die Forschungsvorhaben seiner Abteilung, usw. Gegen das „Frankfurter Modell“, das 1972 mit breiter Mehrheit durch den Fachbereichsrat angenommen wurde, klagten die Hochschullehrer, die jetzt der „Initiative“ angehören, erst 1975. Der Verwaltungsgerichtshof Kassel erklärte die Satzung für unwirksam, da sie nicht ordnungsgemäß veröffentlicht sei, äußerte sich insofern nicht materiell. Parallel dazu klagten Mitglieder des Zentrums der Hals-, Nasen- und Ohrenkunde gegen die Ordnung dieses Zentrums, in der die Abteilungsregelungen der Satzung übernommen waren. Diese Ordnung wurde in einigen Punkten beanstandet, u. a. in der Einsetzung des Abteilungsleiters auf Dauer, die nun der HUG-Entwurf vorsieht. Gegen die inzwischen mit einigen Änderungen ordnungsgemäße Satzung des Fachbereichs Humanmedizin haben die gleichen Autoren wie zuvor ein zweites Normenkontrollverfahren angestrengt, das noch beim Verwaltungsgerichtshof anhängig ist. Die „Initiative“ fordert, daß entsprechend den Intentionen des HRG auch die Abteilungen der Kliniken kollegial geleitet werden.

Im Institut für Meteorologie und Geophysik (FB 17) ist ab sofort für drei Jahre die Stelle eines **TECHNISCHEN ANGESTELLTEN (V b BAT)** zu besetzen.

Die Eingruppierung wird nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT erfolgen. Aufgabenbereich: Mitarbeit in einem Forschungsvorhaben des Umweltbundesamtes zur Erprobung eines Fernmeßverfahrens zur Bestimmung von gasförmigen Luftverunreinigungen (remote sensing). Einstellungs Voraussetzungen: Gute Kenntnisse der Meß- und Regeltechnik, englische Sprachkenntnisse, Führerscheinklasse III, Grundkenntnisse der elektronischen Datenverarbeitung sind erwünscht. Bewerbungen werden erbeten an Prof. Dr. H.-W. Georgii, Institut für Meteorologie und Geophysik, Feldbergstr. 47, 6000 Frankfurt am Main, Tel. 7 98-23 75.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist ab sofort die Stelle einer

MITARBEITERIN (BAT VII)

im Sekretariat wieder zu besetzen. Erforderlich sind Kenntnisse in Steno und Schreibmaschine sowie in allgemeinen Büroarbeiten. Gewandtheit im Umgang mit differenziertem Publikum ist unerlässlich. Bewerbungen mit Zeugnissen sind an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Straße 14, 6000 Frankfurt/Main zu richten.

Das **Klinikum** der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main stellt für den **Kreisssaal des Zentrums der Frauenheilkunde und Geburtshilfe** eine

LEITENDE HEBAMME

Verg.-Gr. KR. VII BAT ein. Der Kreisssaal des Zentrums der Frauenheilkunde und Geburtshilfe befindet sich in einem Neubau und ist apparativ dementsprechend ausgestattet. Die Anwendung modernster geburtshilflicher Verfahren ist hier selbstverständlich. 13 Planstellen für Hebammen stehen diesem Arbeitsbereich, einschließlich der Schwangerenberatung, zur Verfügung.

Die Geburtenzahl im Jahr beträgt ca. 1500, wobei die Betreuung von Patientinnen mit Risikoschwangerschaften einen hohen Anteil einnimmt.

Als Leitende Hebamme suchen wir eine fachlich versierte, erfahrene und aufgeschlossene Mitarbeiterin. Der erfolgreiche Abschluß eines Lehrgangs, der auf die Wahrnehmung von Führungs- und Leitungsaufgaben vorbereitet, ist Voraussetzung. Wenn Sie sich für diese verantwortungsvolle Aufgabe interessieren, schreiben Sie uns bitte, damit wir Sie eingehend über alle für Sie und für uns weiteren Fragen informieren können.

Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität, — Pflegedienstleitung —, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70, Telefon (06 11) 63 01 - 50 23.

Im **Fachbereich Rechtswissenschaft** ist im **Institut für Kriminalwissenschaften** ab 1. Mai 1978 eine Stelle für eine

WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRAFT

mit 92 Stunden zu besetzen. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes rechtswissenschaftliches Studium (Referendarexamen). Das Aufgabengebiet umfaßt: Mitarbeit bei der Erstellung der Dokumentation, der Betreuung der Bücherei sowie der wissenschaftlichen Arbeit der Professur; Mitwirkung bei der Betreuung von Übungen. Bewerber werden gebeten, sich bis zum 1. März 1978 bei Prof. Geerds, Zi. 603 (Juridicum) zu melden.

Am **Institut für Romanische Sprachen und Literaturen** ist — vorbehaltlich der Zuweisung der Haushaltsmittel — ab 1. April 1978 die Stelle einer

STUDENTISCHEN HILFSKRAFT (ohne Abschluß)

(etwa 70 Stunden pro Monat) zu besetzen. Aufgabengebiet: Bibliotheksarbeiten. Der Bewerber (die Bewerberin) soll 4 Semester studiert haben. Bewerbungen sind bis zum 5. Februar 1978 zu richten an: Geschäftsführung des Instituts für Romanische Sprachen und Literaturen, FB 10, Gräbstraße 76, 6000 Frankfurt/M.

Mittwoch, 25. Januar

Johann Baumeister,
Berlin:
Kontrolltheoretische Betrachtung von freien Randwertaufgaben für die Wärmeleitungs-gleichung
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter:
Die Dozenten der Mathematik

Ferdinand Radler,
Mainz:
„Malat-Enzyme“ bei Milchsäure-Bakterien und Hefen
16 Uhr, Hörsaal der Mikrobiologie, Siesmayerstraße 70
Veranstaltung im Rahmen des „Mikrobiologischen Kolloquiums“

I. Dietrich, München:
Fortschritt bei der hochauflösenden Abbildung in der Elektronenmikroskopie mit Hilfe von Supraleitungslinsen
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
Veranstaltung im Rahmen des „Physikalischen Kolloquiums“

Norbert Christopeit,
Bonn:
Stochastische Kontrollmodelle mit Zufallsrestriktionen
17.30 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter: Die Dozenten der Mathematik

Spiel mit Marionetten
Ein Film von Frankfurter Studenten zur Entwicklung von Feindbildern. Diskussion mit den Filmemachern
19 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
Veranstalter: Katholische Studentengemeinde

D. Cech, Braunschweig:
Entwicklungsprobleme ländlicher Räume im südlichen Afrika
19 Uhr, Hörsaal der Geowissenschaften, Senckenberganlage 36
Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Donnerstag, 26. Januar
P. Flury, München:
Der Thesaurus linguae Latinae — Möglichkeiten und Probleme eines lateinischen Lexikons
14.30 Uhr, Institut für Klassische Philologie, Raum 614,

Ausstellung in der Deutschen Bibliothek

Die große Sammlung deutscher Exilliteratur der Jahre 1933—45 der Deutschen Bibliothek Frankfurt dürfte heute weithin bekannt sein, kaum aber die Tatsache, daß sich unter diesen Materialien auch ein umfangreicher Bestand alliierter Flugblätter aus dem Zweiten Weltkrieg befindet. Um die Öffentlichkeit auf diese wertvollen Quellen für die zeitgeschichtliche Forschung aufmerksam zu machen, zeigt die Deutsche Bibliothek in den Vitrinen vor dem Leseraum für Exilliteratur eine kleine Ausstellung „Alliierte Flugblattpropaganda im Zweiten Weltkrieg“ mit besonders interessanten Beispielen der amerikanischen, englischen, französischen und sowjetischen Kriegspropaganda. Unter anderem sieht man ein Flugblatt mit einem der durch die Übertragungen der BBC seinerzeit weithin bekannt gewordenen „Hirnschal-Briefe“, das von der Royal Air Force verbreitete Flugblatt der „Weißen Rose“ sowie Beispiele für die Mitarbeit deutscher Emigranten an der alliierten Flugblattpropaganda. Öffnungszeiten der Deutschen Bibliothek, Frankfurt, Zeppellinallee 4-8; Montag — Freitag, 9—17 Uhr.

Veranstaltungen

Gräfstraße 74/76
Veranstalter: Institut für Klassische Philologie

Hans-Georg
Schweiger, Ladenburg:
Zellkern-Cytoplasma-Wechselbeziehung bei der Genexpression
16.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Botanik, Siesmayerstraße 70
Veranstaltung im Rahmen des „Botanischen Kolloquiums“

G. Gliemann,
Regensburg:
Optische Eigenschaften quasilinear Kristalle von Übergangsmetallkomplexen
17.15 Uhr, Magnus-Hörsaal des Instituts für Physikalische Chemie (Eingang: Emil-Sulzbach-Straße)
Veranstalter: Die Dozenten der physikalischen Chemie

Dieter Ortlan,
Hannover:
Fossile Bodenkomplexe — ihre Erkennung und Bedeutung für die Stratigraphie und Angewandte Geologie
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal des Geologisch-Paläontologischen Instituts, Senckenberganlage 32
Veranstalter: Geologisch-Paläontologisches Institut

Eugen Pusić, Zagreb:
Selbstverwaltung als Produktionsverhältnis und der Staat
18 Uhr, Raum 2104 im Turm
Veranstalter: Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Gerhard Neuweiler,
Frankfurt:
Die Orientierung der Fledermäuse
18 Uhr, Physikalischer Verein, Robert-Mayer-Straße 2-4
Veranstaltung im Rahmen der „Schülervorlesungen“ des Physikalischen Vereins

Freitag, 27. Januar
D. Schweigert,
Kaiserslautern:
Über die Komplexität von Polynomfunktionen
16 Uhr, Kolloquiumsraum 711 des Mathematischen Seminars, Robert-Mayer-Straße 10
Veranstalter:
Die Dozenten der Mathematik

Friedr. Wilh. Deichmann, Rom:
Beispiele frühchristlicher Architektur
17.15 Uhr, Vortragsraum im 3. OG der Stadt- und Universitätsbibliothek
Veranstalter: Archäologisches Institut und Kunstgeschichtliches Institut

Stammtisch
mit Informationen für Anfangsemester über Kooperationen
20.15 Uhr, Nord-Hotel, Eckenheimer Landstr. 166
Veranstalter: Verein Deutscher Studenten (VDSt) Frankfurt

Montag, 30. Januar
Clyde Summers,
Philadelphia (USA):
Free Collective Bargaining in the United States — Facts, Law and Philosophy
15 Uhr, Raum 616a im Juridicum
Veranstalter: Prof. Dr. Simitis und Prof. Dr. Weiss, Fachbereich Rechtswissenschaft

Dienstag, 31. Januar
Franz Huber, Seewiesen:
Die Hörbahn der Grillen und ihre Bedeutung für das artspezifische Lauterkennen
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Zoologie, Siesmayerstr. 70
Veranstaltung im Rahmen des „Zoologischen Seminars“

E. L. Winnacker,
München:

Strategien animalischer Viren
17.30 Uhr, Seminarraum 201, Chemie-Mehrzweckgebäude Niederrad, Sandhofstraße
Veranstaltung im Rahmen des „Chemischen Kolloquiums Niederrad“

Jürgen Kuczinsky,
Ost-Berlin:
Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Weltwirtschaft
18 Uhr, Hörsaal H II
Veranstalter: MSB Spartakus in Zusammenarbeit mit dem IMSF

Veljko Rus, Ljubljana:
Strategic decision making processes in organizations (longitudinal study of participation, conflict, external influence etc. within decision making processes)
18 Uhr, Raum 2104 im Turm
Veranstalter: Fachbereich Gesellschaftswissenschaften

Peter Hofschneider,
Martinsried:
Eingriff in die Erbsubstanz — Zur Möglichkeit und Verantwortung der Neukombination von Genen
19.30 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
Veranstalter: Die Präsidenten der Universität Frankfurt und der Polytechnischen Gesellschaft

Mittwoch, 1. Februar
Kurt Martin, Den Haag:
Probleme der Politischen

Ökonomie in historischer Perspektive
18 Uhr, Raum 2901 im Turm
Veranstalter: Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften und geschäftsführender Direktor der wBE Produktion/Sozialstruktur

Horst Kummer,
Darmstadt:
Über Bahnen und Lage von wissenschaftlichen und technischen Satelliten
20 Uhr, Physikalischer Verein, Robert-Mayer-Straße 2-4
Vortrag der Volkssternwarte des Physikalischen Vereins

Donnerstag, 2. Februar
Jean Guillaume, Tours:
Le Louvre de Pierre Lescot: invention formelle et expression symbolique
14 Uhr, Gräfstr. 76, Raum 801
Veranstalter: Kunstgeschichtliches Institut

Helmut Schlesinger,
Frankfurt:
Volkswirtschaftliche Kapitalbildung und Eigenkapital
17.15 Uhr, Frankfurter Wertpapierbörse, Börsenplatz
Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Eigenkapital und Kapitalmarkt“

Heinz Jagodzinski,
München:
Kann das Studium von Grenzflächen und Domanen an Mineralien dem Erdwissenschaftler etwas sagen?
17.15 Uhr, Hörsaal des Geologisch-Paläontologischen

Quartier Latin



Zum „größten Faschingsfest im Rhein-Main-Gebiet“, dem „Quartier Latin '78“ lädt die Frankfurter Studentenschaft am Freitag, dem 3. Februar und Samstag, dem 4. Februar ein. Der Erlös aus diesem Fest, bei dem sich im Vorjahr 15 000 Besucher amüsierten, kommt der studentischen Kindertagesstätte zugute. Von sechs Podien spielen Beat-, Rock-, Soul- und Blues-Bands, zwölf Bars und Buden bieten alles gegen Hunger und Durst, und die elf bunt dekorierten Etagen lassen sich noch leichter über die Riesenrutschbahn bestaunen. Für die musikalische Unterhaltung sorgen „Body Heat“, ein farbiger „Soul Express“ aus Amerika im Stil von James Brown, „Solid Ground“, bekannt aus einem Auftritt mit „Uriah Heep“, „Space Fart“, deren acht Musiker ihren „Brass-Rock“ schon zusammen mit „Colosseum“ vorstellten, „Tumbling Dice“, mit harten Rock-Hits, die Frankfurt City Blues Band“, für alle die etwas „enger“ tanzen wollen und „Fips und Judy“, die mit Esprit und 14 000 Plattentiteln auch den letzten Tanzmuffel in Schwung bringen. Für die älteren Jahrgänge sorgen Walzer- und Rock'n

Roll Preistanzen für Stimmung und die Elvis Presley und Rolling Stones Diskotheken wecken alte Erinnerungen und Schwung. Zum Ausruhen für die tanzmüden Besucher stehen doppelt so viele Sitzplätze in schummrigen Ecken und natürlich das große Nonstop Comix-Kino auch mit Chaplin-Filmen zur Verfügung. Den Magen erfreuen internationale Spezialitäten und Snacks aus Vietnam, Persien und Griechenland. Zum 25. Jubiläum sind bei der demokratischen Kostümpremierung — diesmal mit einer Überraschungseinlage — zwei Reisen nach Paris zu gewinnen. Die Größe des Festes ermöglicht es auch diesmal, die vergleichbar preiswertesten Eintrittskarten aller Faschingsveranstaltungen anzubieten — Schüler, Lehrlinge + Studenten neun und zehn Mark, Gäste vierzehn und fünfzehn Mark. Der Vorverkauf läuft im Verkehrsverein Frankfurt am Main (Hbf und Hauptwache), in den Ästen der Uni's, der Mensa der Universität Frankfurt und in zahlreichen Städten rund um Frankfurt. Aber auch an den Abendkassen sind noch Karten erhältlich.

Instituts, Senckenberganlage 32
Veranstaltung im Rahmen des „Geowissenschaftlichen Kolloquiums“

K. Bilo:
Der Flug der Vögel
18 Uhr, Physikalischer Verein, Robert-Mayer-Straße 2-4
Veranstaltung im Rahmen der „Schülervorlesungen“ des Physikalischen Vereins

Freitag, 3. Februar
Jean Guillaume, Tours:
Le palais royal à la Renaissance de Filaret à l'Escorial
16 Uhr, Gräfstraße 76, Raum 801
Veranstalter:
Kunstgeschichtliches Institut

Ingrid Deusinger,
Frankfurt:
Antrittsvorlesung: Pharmako-psychologische Untersuchungen der cerebralen Leistungssteigerung
16.15 Uhr, Hörsaal H 8
Veranstalter:
Fachbereich Psychologie

Montag, 6. Februar
Wolfg. v. Wangenheim,
Berlin:
Rückkehr- und Wiedereingliederungsprobleme bei deutschen Kulturarbeitern im Ausland
10.15 Uhr, Gräfstraße 78, Ü 11
Veranstalter: Prof. Dr. Dieter Kimpel, Institut für deutsche Sprache und Literatur II

Hubert Orłowski,
Poznań (Polen):
Politische Thematik in der deutschsprachigen Literatur nach 1945. Versuch einer Typologie
18.15 Uhr, Hörsaal H 1
Veranstalter: Prof. Dr. N. Altenhofer, Institut für deutsche Sprache und Literatur II

Mittwoch, 8. Februar
H. R. Zeller,
Baden (Schweiz):
Supraionleiter
17.15 Uhr, Hörsaal Angewandte Physik, Robert-Mayer-Str. 2-4
Veranstaltung im Rahmen des „Physikalischen Kolloquiums“

Josef Matznetter,
Frankfurt:
Die Stellung von Angola und Moçambique im südafrikanischen Raum
19 Uhr, Hörsaal der Geowissenschaften, Senckenberganlage 36
Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Donnerstag, 9. Februar
Frank Wunderlich,
Freiburg:
Struktur und Funktion der Kernmatrix
16.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Botanik, Siesmayerstr. 70
Veranstaltung im Rahmen des „Botanischen Kolloquiums“

F. Wunderlich, Freiburg:
Die Kernmatrix: Dynamisches Proteingerüst in Zellkernen. Einfluß auf die Lipidfluidität der Kernmembran?
16.15 Uhr, Kleiner Hörsaal der Botanik, Siesmayerstr. 70
Veranstaltung im Rahmen des „Botanischen Kolloquiums“

Hans Urban, Frankfurt:
Antrittsvorlesung: Probleme der praktischen Lagerstättenkunde
17.15 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
Veranstalter: Fachbereich Geowissenschaften

Freitag, 10. Februar
Radoslav Selucky,
Ottawa:
Problems of Labour-Managed Systems
14 Uhr, Raum 501 im Turm
Veranstaltung im Rahmen des Seminars von Prof. Kosta